



Rheinland-Pfalz

Kultusministerium

Lehrplanentwurf

Geschichte · Sozialkunde · Erdkunde

Freiwilliges 10. Schuljahr
an der Hauptschule

Georg-Eckert-Institut
für internationale
Schulbuchforschung
Braunschweig
Schulbuchbibliothek

81/578

V RP
-11(1979)

Georg-Eckert-Institut BS78



1 170 674 0

Herausgeber: Kultusministerium Rheinland-Pfalz
Mainz

Bad Kreuznach
September 1979



Rheinland-Pfalz

Kultusministerium

Die nachfolgenden Entwürfe der Lehrpläne für die Fächer Geschichte, Sozialkunde und Erdkunde im freiwilligen 10. Schuljahr an der Hauptschule sind das Ergebnis der Arbeit von fachdidaktischen Kommissionen, die im Frühjahr 1978 vom Kultusministerium berufen wurden.

In den Entwürfen sind die Stellungnahmen aus den Bereichen Schule und Hochschule ebenso einbezogen worden wie die mehrjährigen Erfahrungen aus der Praxis der freiwilligen 10. Schuljahre zur Erreichung des qualifizierten Sekundarabschlusses I.

Die Lehrplänenentwürfe betonen die fachdidaktische Eigenständigkeit von Geschichte, Sozialkunde und Erdkunde und ermöglichen durch die Themenverflechtung dennoch eine Kooperation der Fächer und die Bildung eines Lernschwerpunktes.

Die Entwürfe wurden von Fachleuten aus der Schulpraxis erarbeitet. Sie brauchen aber die Korrektur und evtl. Ergänzung durch die Erfahrungen bei der unterrichtlichen Umsetzung in den Schulen.

Die dreifache verbindliche Erprobung beginnt daher mit Schuljahresbeginn 1979/80.

Sollen Sie auch an der Erprobung teilnehmen, vor allem aber den Mitarbeitern der fachdidaktischen Kommissionen, die diese Lehrplänenentwürfe erarbeitet haben, sei herzlich gedankt.

Lehrplänenentwurf

Geschichte · Sozialkunde · Erdkunde

Freiwilliges 10. Schuljahr

an der Hauptschule

1979

Hanna-Renate Laurien
Kultusminister

Rheinland-Pfalz

Kultusministerium



Z-V RP

A-11(1979)

Lehrplanteilwurf

Geschichte · Sozialkunde · Erdkunde

Freiwilliges 10. Schuljahr

an der Hauptschule

1979

Ministerium für
Kultur und Bildung

VORWORT

Die hier vorgelegten Entwürfe der Lehrpläne für die Fächer Geschichte, Sozialkunde und Erdkunde im freiwilligen 10. Schuljahr an der Hauptschule sind das Ergebnis der Arbeit von fachdidaktischen Kommissionen, die im Frühjahr 1978 vom Kultusministerium berufen wurden.

In den Entwürfen sind die Stellungnahmen aus den Bereichen Schule und Hochschule ebenso einbezogen worden wie die mehrjährigen Erfahrungen aus der Praxis der freiwilligen 10. Schuljahre zur Erreichung des qualifizierten Sekundarabschlusses I.

Die Lehrplanentwürfe betonen die fachdidaktische Eigenständigkeit von Geschichte, Sozialkunde und Erdkunde und ermöglichen durch die Themenverklammerung dennoch eine Kooperation der Fächer und die Bildung eines Lernschwerpunktes.

Die Entwürfe wurden von Fachleuten aus der Schulpraxis erarbeitet; sie brauchen aber die Korrektur und evtl. Ergänzung durch die Erfahrungen bei der unterrichtlichen Umsetzung in den Schulen.

Die dreijährige verbindliche Erprobung beginnt daher mit Schuljahrsbeginn 1979/80.

Allen, die sich an der Erprobung beteiligen, vor allem aber den Mitgliedern der fachdidaktischen Kommissionen, die diese Lehrplanentwürfe erarbeitet haben, sei herzlich gedankt.

Hanna-Renate Laurien

Dr. Hanna-Renate Laurien
Kultusminister

Die hier vorgelegten Entwürfe der Lehrpläne für die Fächer
Geschichte, Sozialkunde und Erdkunde im freiwilligen 10.
Schuljahr an der Hauptschule sind das Ergebnis der Arbeit
von fachdidaktischen Kommissionen, die im Frühjahr 1978
von Kultusministerien berufen wurden.

In den Entwürfen sind die Zielvorgaben aus den Bereichen
Sachkunde und Hochschullehre ebenso einbezogen worden wie die mehr-
jährigen Erfahrungen aus der Praxis der freiwilligen 10.
Schuljahre zur Erreichung des qualifizierten Sekundarab-
schlusses I.

Die Lehrpläne wurden teilweise auf die fachdidaktische Eigenständig-
keit von Geschichte, Sozialkunde und Erdkunde und ermöglichen
durch die Themenverknüpfung dennoch eine Kooperation der
Fächer mit der Bildung eines Lernschwerpunktes.

Die Entwürfe wurden von Fachleuten aus der Schulpraxis erar-
beitet; sie brauchen aber die Korrektur und evtl. Ergänzung
durch die Erfahrungen bei der unterrichtlichen Umsetzung in
den Schulen.

Die dreijährige verbindliche Erprobung beginnt daher mit Schul-
jahresbeginn 1979/80.

Allen, die sich an der Erprobung beteiligen, vor allem aber
den Mitgliedern der fachdidaktischen Kommissionen, die diese
Lehrpläne entworfen haben, sei herzlich gedankt.

Hanna-Krista Lorenz

Dr. Hanna-Krista Lorenz
Kultusminister

INHALT

I	Allgemeiner Teil	1
	1. Stundenansatz	1
	2. Die gemeinsame Zielsetzung der Fächer	1
	3. Allgemeine Lernziele des Bereichs "Methoden/Arbeitstechniken"	2
	4. Die Umsetzung der Lehrplanelwürfe in Unterricht	3
	5. Die Themen	4
	6. Die Verbindlichkeit der Themen und Lernziele	4
	7. Das Lernzielformulierungssystem	5
II	Geschichte	6
III	Sozialkunde	27
IV	Erdkunde	49

Fachdidaktische Kommissionen

Geschichte

Gerwald Päßler LFDK-G.
Hauptschule Sobernheim
6552 Sobernheim

Berthold Schnabel
Studienseminar für
Grund- und Hauptschulen
6720 Speyer

Jans Jürgen Dieckmann
Hauptschule Meisenheim
6554 Meisenheim

Sozialkunde

Friedhelm Zöllner LFDK-S.
Studienseminar für
Grund- und Hauptschulen
5450 Neuwied

Manfred Koschig
Regionales Pädagogisches
Zentrum
Salinenstraße 60
6550 Bad Kreuznach

Ekkehard Mosel
Hauptschule Schillerschule
5427 Bad Ems

Rudolf Thommes
Hauptschule Oberwesel
6532 Oberwesel

Erdkunde

Rudolf Schäfer LFDK-E.
Hauptschule Weißenthurm
5452 Weißenthurm

Karl Alsentzer
Hauptschule Simmern
6540 Simmern

Hilmar Geibert
Hauptschule "Siedlungsschule"
6720 Speyer

LEHRPLANENTWURF
GESCHICHTE - SOZIALKUNDE - ERDKUNDE
10. FREIWILLIGES SCHULJAHR AN DER HAUPTSCHULE

I. ALLGEMEINER TEIL

1. STUNDENANSATZ

Im 10. freiwilligen Schuljahr an der Hauptschule hat der Unterricht im Fach

- Geschichte 2 Wochenstunden
- Sozialkunde 1 Wochenstunde
- Erdkunde 1 Wochenstunde

Die Lehrplanentwürfe sind so angelegt, daß

- Erdkunde im 1. Schulhalbjahr zweistündig
 - Sozialkunde im 2. Schulhalbjahr zweistündig
- unterrichtet werden können.

2. DIE GEMEINSAME ZIELSETZUNG DER FÄCHER

Die Allgemeinen Lernziele der Lehrplanentwürfe Klassen 7-9/10 für Geschichte, Sozialkunde und Erdkunde gelten auch für das 10. freiwillige Schuljahr an der Hauptschule.

In Berücksichtigung der Schülergruppen des 10. freiwilligen Schuljahres an der Hauptschule sollen die Themen und die ihnen zugeordneten Lernziele einen besonders starken Realitätsbezug haben.

Unter Realitätsbezug wird verstanden

- der Berufsbezug
- der Bezug auf die räumliche, geschichtliche und politische Umwelt der Schüler.

Dieser Realitätsbezug soll auch dadurch erreicht werden, daß

die unten aufgeführten Lernziele des Bereichs "Methoden/Arbeitstechniken" intensiv und, wo möglich, besonders an Lerngegenständen der näheren Umgebung und des Erfahrungsbereichs der Schüler unterrichtlich umgesetzt werden.

3. ALLGEMEINE LERNZIELE DES BEREICHS "METHODEN/ARBEITSTECHNIKEN"

Beschaffen und Ordnen von Informationen

Vorbereitung und Durchführung eines Interviews

Teilnahme am Gespräch

- Vorbereitung auf das Gespräch
- Äußeres Verhalten
- Soziales Verhalten (Glossar zur Lehrplanentwicklung in Rheinland-Pfalz S. 33).
- Stil der Argumentation

Leitung des Gesprächs

- Vorbereitung
- Anstoß des Gesprächs, Zwischenzusammenfassung von Gesprächsbeiträgen, Endzusammenfassung
- Einhalten der äußeren Ordnung des Gesprächs
 - Ordnung der Wortmeldungen
 - Einhaltung der Redezeit
 - Abweisung unsachlicher Angriffe
 - Zurückhaltung des Gesprächsleiters mit eigenen Gesprächsbeiträgen

Interpretation von Texten

- Prüfung des Vorwissens
- Textgliederung und Inhaltsangabe
- Unterscheidung von Sachaussage/Sachurteil/Werturteil
- Textanalyse

Interpretation von Bildern

Erstellen und Auswerten kartographischer Darstellungen

Lesen und Konstruieren von Tabellen und Diagrammen

Umgang mit statistischem Material

Die Arbeitsstelle für Lehrplanentwicklung und -koordination des Landes Rheinland-Pfalz gibt zu den Lernzielen des Bereichs "Methoden/Arbeitstechniken" eine Handreichung heraus, in der auch Vorschläge zur Festlegung von Pilot-

fächern für einzelne Lernziele gemacht werden (vgl. Glossar zur Lehrplanentwicklung in Rheinland-Pfalz, S. 84 f.)

4. DIE UMSETZUNG DER LEHRPLANENTWÜRFE IN UNTERRICHT

Die den Themen zugeordneten Lernziele sind in den Lehrplanelntwürfen nach Sach- und/oder Zeitzusammenhängen angeordnet.

Zur didaktischen Umsetzung dieser Lernziele in Unterricht kann aus Gründen der

- Schülermotivation
- Aktualität
- lokalen und regionalen Bedingungen
- Realisierung von Lernzielen des Bereichs "Methoden/Arbeits-techniken" (vgl. Seite 2)

eine andere Anordnung der Lernziele innerhalb der Themen durch den Lehrer vorgenommen werden.

Ein Geschichts- und Sozialkundeunterricht, der bei einer Institutionenkunde stehen bleibt, entspricht nicht den Zielsetzungen der Lehrplanelntwürfe: In die Behandlung der Fakten, Institutionen und Sachverhalte, die in den Lernzielen der Themen angegeben sind, müssen darauf bezogene

- kontroverse Meinungen
- offene Fragen
- Diskrepanzen zwischen Norm und Wirklichkeit
- u.a. (vgl. Lehrplanelntwürfe Klassen 7-9/10 Geschichte, Sozialkunde und Erdkunde)

einbezogen werden. Vgl. dazu z.B. die Literaturangabe zum Mauerbau Seite 10.

Verantwortungsbewußte Handlungsfähigkeit und soziales Verhalten der Schüler werden durch entsprechende Unterrichtsverfahren wesentlich gefördert. Deshalb haben Gruppen- und Projektunterricht, Diskussion und Schülervortrag einen breiten Raum in Planung und Durchführung des Unterrichts einzunehmen.

5. DIE THEMEN

FACH	1. HALBJAHR	2. HALBJAHR
Geschichte	Deutschland in der internationalen Politik nach dem 2. Weltkrieg	Die Geschichte des Föderalismus in Deutschland
Sozialkunde		1. Politische Beteiligung im regionalen Raum 2. Die Bundesrepublik Deutschland als Sozialstaat
Erdkunde	Gesellschaftsstrukturen und Wirtschaftspotentiale	

Die Erläuterung und Rechtfertigung der Themen ist in den Lehrplanentwürfen der drei Fächer gegeben.

6. DIE VERBINDLICHKEIT DER THEMEN UND LERNZIELE

Die Themen und Lernziele sind verbindlich.

Die "Hinweise zum Unterricht" haben empfehlenden Charakter.

Von den angegebenen Zeitrichtwerten soll nur in begründeten Ausnahmen abgewichen werden.

Die Verbindlichkeit der Themen/Lernziele soll dazu beitragen

- das Erreichen der Erziehungs- und Lernziele zu sichern
- das Recht des Schülers auf Schutz vor Indoktrination zu sichern
- eine unangemessene Spezialisierung zu verhindern
- eine Über-/Unterforderung zu vermeiden
- die Vergleichbarkeit der Leistungen zu ermöglichen
- die Durchlässigkeit zwischen Schulstufen/-arten zu sichern.

7. DAS LERNZIELFORMULIERUNGSSYSTEM

- WISSEN

- E i n b l i c k

Das aus der ersten Begegnung mit einem Lerninhalt/Wissensgebiet erworbene Wissen

- Ü b e r b l i c k

Systematisierte Übersicht nach Einblick in mehrere/alle Teilbereiche eines Lerninhalts/Wissensgebiets

- K e n n t n i s

Detaillierte Wiedergabe eines Lerninhalts/Wissensgebiets auf Grund gedächtnismäßiger Verankerung: Kenntnis setzt Überblick voraus

- V e r t r a u t h e i t

Erweiterte und vertiefte Kenntnisse über einen Lerninhalt/ein Wissensgebiet. Sicherer Umgang mit detailliertem Wissen über einen Lerninhalt/ein Wissensgebiet

- KÖNNEN

- F ä h i g k e i t

Das zum Vollzug einer Tätigkeit ausreichende Können

- F e r t i g k e i t

Das durch reichliche Übung eingeschliffene, sichere Können

- B e h e r r s c h u n g

Ein sehr hoher, vielfältige Anwendungsmöglichkeiten einschließender Grad des Könnens

- ERKENNEN

- B e w u ß t s e i n

Die zum Weiterdenken erforderliche Grundstufe des Erkennens

- E i n s i c h t

Die durch die Auseinandersetzung mit einem Problem erworbene Auffassung

- V e r s t ä n d n i s

Die Ordnung von Einsichten und ihre weitere Verarbeitung zu einem begründeten Sach-/Werturteil

- WERTEN

- B e r e i t s c h a f t

Die Haltung, die entsteht, wenn Werte vom einzelnen anerkannt werden und ihre Verwirklichung angestrebt wird

- I n t e r e s s e

Weil jeder Unterricht Freude und Interesse wecken soll, werden im allgemeinen derartige Lernziele nicht besonders erwähnt

II. G E S C H I C H T E

1. DEUTSCHLAND IN DER INTERNATIONALEN POLITIK NACH DEM ZWEITEN WELTKRIEG

Zeitrichtwert 36 Stunden

Der Zweite Weltkrieg liegt mehr als dreißig Jahre zurück. Die Entwicklungen und Entscheidungen der Nachkriegszeit, die zur Spaltung Deutschlands, zur Entstehung zweier deutscher Staaten und zu ihrer Verklammerung mit dem westlichen bzw. östlichen Bündnissystem geführt haben, sind Geschichte und für heutige Schüler im allgemeinen kaum bekannter als frühere Zeiten. Aber die Nachkriegsentwicklung wirkt politisch noch unmittelbar nach: Die Bundesrepublik Deutschland ist unsere politische Ordnung, in die die heutigen Schüler hineinwachsen, mit der sie sich in rationaler Begründung identifizieren, in der sie sich künftig als Bürger betätigen sollen (Aspekt der objektiven Betroffenheit). Außerdem hat die Nachkriegsentwicklung Probleme offen gelassen und neue geschaffen, mit denen sich Politik aller Voraussicht nach noch lange wird auseinandersetzen müssen (Aspekt der permanenten Aktualität).

Unter diesen beiden Aspekten erweist sich das Thema als notwendiger Bestandteil und als zentraler Gegenstand historisch-politischer Bildung. Es ist im vorliegenden Entwurf so gefaßt, daß zunächst (in den ersten beiden Teilthemen) die Deutsche Frage, die nach einem Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 23. November 1978 "im Unterricht aller Schulen einen festen Platz besitzen" soll, in ihrem geschichtlich-politischen Zusammenhang behandelt werden kann. Die hierzu formulierten Lernziele und ausgewählten Inhalte entsprechen ebenfalls den Forderungen, welche die Kultusministerkonferenz für die Abschlußklassen aller Schularten der Sekundarstufe I in dem zitierten Beschluß erhoben hat.

In den anderen beiden Teilthemen werden Geschichte und Politik der Bundesrepublik Deutschland in den Zusammenhang mit der Europapolitik und mit der entwicklungspolitischen Problematik gestellt. Damit sind weitere permanent aktuelle Probleme unserer Zeit angesprochen, und es kann eine verengte nationale Sicht der Deutschen Frage verhindert werden.

Aus diesen Überlegungen ergibt sich folgende Gliederung in Teilthemen:

- Die Entwicklung in Deutschland von 1945 bis 1949 vor dem Hintergrund unterschiedlicher ideologischer, machtpolitischer und wirtschaftlicher Vorstellungen der Siegermächte
- Die Entwicklung des Verhältnisses der Bundesrepublik Deutschland zur DDR im Rahmen der Ost-West-Beziehungen
- Politische Einigungsbestrebungen in Europa unter besonderer Berücksichtigung des Beitrages der Bundesrepublik Deutschland
- die Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland als Wirtschaftsmacht im Nord-Süd-Konflikt.

Schließlich gewinnt das Thema für das 10. freiwillige Schuljahr an der Hauptschule auch deshalb besonderes Gewicht, weil es aus Zeitgründen im Lehrplanentwurf für Sozialkunde Klassen 7-9/10 nicht hat berücksichtigt werden können und im Fach Geschichte nur in wenigen Stunden am Ende der 9. Klasse zur Sprache kommt.

TEILTHEMA 1

DIE ENTWICKLUNG IN DEUTSCHLAND VON 1945-1949 VOR DEM HINTERGRUND
UNTERSCHIEDLICHER IDEOLOGISCHER, MACHPOLITISCHER UND WIRTSCHAFT-
LICHER VORSTELLUNGEN DER SIEGERMÄCHTE

LERNZIELE

HINWEISE FÜR DEN UNTERRICHT

<p>1. Kenntnis der Ursachen für den Zusammenbruch des Deutschen Reiches</p> <p>Mehrfrontenkrieg Totaler Krieg Bedingungslose Kapitulation</p>	<p>Zusammenfassung des nach dem Lehrplanentwurf Klassen 7-9/10 in den Stoffbereichen 35 und 37 erworbenen Wissens</p>
<p>2. Analyse der alliierten Kriegs- und Friedensziele in ihrer geschichtlichen und ideologischen Bedingtheit</p> <p>Kampf gegen den Faschismus und den deutschen Militarismus Sowjetische weltrevolutionäre Expansion Anglo-amerikanische Kreuzzugs-idee für die Freiheit Atlantik-Charta 1941 Jalta 1945</p>	<p>Vgl. Lehrplanentwurf Klassen 7-9/10 Stoffbereich 36</p> <p>Stalin zur sowjetischen Außenpolitik, 1945: Djilas, Gespräche mit Stalin, S. 146f.</p> <p>Atlantikcharta: GiQ 5, S. 490 Forderung nach bedingungsloser Kapitulation: GiQ 5, S. 552 Konferenzen von Teheran und Jalta: GiQ 5, S. 553-573 dtv-Atlas 2, S.230</p> <p>Angermann, Erich: Die Vereinigten Staaten von Amerika seit 1917, dtv 4007 Adams, W.P. (Hrsg.): Die Vereinigten Staaten von Amerika, FWG 30, S. 354-404 Ruffmann, Karl-Heinz: Sowjetrußland, dtv 4008</p>
<p>3. Kenntnis des Abkommens von Jalta 1945 und Potsdam 1945</p> <p>Alliiertes Kontrollrat Besatzungszonen; 4-Mächteverwaltung Berlins Oder-Neiße-Gebiete Vertreibung</p> <p>Entnazifizierung Demokratisierung Entmilitarisierung</p>	<p>Vergleiche Stoffbereich 37, Thema 1: Deutschland als Objekt der Siegermächte: Potsdam</p> <p>Die Potsdamer Konferenz: GiQ 5, S. 575-583 dtv-Atlas 2, S. 248 Weber, Jürgen: Auf dem Weg zur Republik 1945-47 dtv-Atlas 2, S. 249 Film: Entnazifizierung-Revolution auf dem Papier (FWU 2436)</p>

LERNZIELE

HINWEISE FÜR DEN UNTERRICHT

4. Kenntnis der Lebensbedingungen und des politischen Neubeginns in der französischen Besatzungszone

Schwarzer Markt
Rationierung
Demontage
Wohnungsnot

Gründung von Parteien
Gründung des Landes Rheinland-Pfalz 18.05.1947

5. Kenntnis der Entfremdung der Siegermächte und der daraus folgenden unterschiedlichen politischen Entwicklung in Deutschland bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten

Kommunistische Machtübernahme in Osteuropa
Eiserner Vorhang
Marshall-Plan
Berlin-Blockade 1948/49
Kalter Krieg
Bi- und Trizone
Währungsreform
Soziale Marktwirtschaft
Grundgesetz (23.05.1949)
Bodenreform
Enteignung
Sozialistische Einheitspartei
DDR-Verfassung Oktober 1949

Vgl. Stoffbereich 37

Die erste Nachkriegszeit ist nach Möglichkeit am Beispiel des Heimatraumes aufzuzeigen. Dabei soll versucht werden, durch Interviews die Erlebnisse und Erfahrungen von Zeitgenossen in den Unterricht einzubeziehen.

Kreischroniken; Zeitungen aus den ersten Nachkriegsjahren in Stadtarchiven

Die Gründung des Landes Rheinland-Pfalz: Weber, Jürgen: Auf dem Weg zur Republik, S. 334 f. und Staatskanzlei: Rheinland-Pfalz, S. 28

Hirschner, Fritz: Aus dem Chaos zum Land mit Zukunft
Staatskanzlei: Rheinland-Pfalz. Heute und morgen, S. 19-49

Vgl. Stoffbereich 36 Thema 2: Russischer Imperialismus seit dem 2. Weltkrieg
Stoffbereich 36, Thema 5: Konfrontation der Atomkräfte im "Kalten Krieg".

Die Machtübernahme der Kommunisten in Osteuropa sollte an einem Beispiel konkretisiert werden.

Churchills Wort vom "Eisernen Vorhang": GiQ 5, S. 574 f.
Marshallplan vom 05.06.1947:
Vertrags-Plötz: Teil II, Band 4, S. 306 f.f.

Adams, Erich: Die Vereinigten Staaten, FWG 30, S. 354-404
Ruffmann, Karl-H.: Sowjetrußland

Kommunistische Machtübernahme in der CSR: Informationen zur politischen Bildung, Folge 89, Sept./Okt. 1960

dtv-Atlas 2, S. 230f.

Grosser, Alfred: Geschichte Deutschlands seit 1945, dtv 1007, S. 41-101

Lilge, Herbert: Deutschland 1945-1963

Bergdorf, Wolfgang: Besatzung und politischer Wiederaufbau Deutschlands.

LERNZIELE

HINWEISE FÜR DEN UNTERRICHT

TEILTHEMA 2

DIE ENTWICKLUNG DES VERHÄLTNISSES DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
ZUR DDR IM RAHMEN DER OST-WEST-BEZIEHUNGEN

LERNZIELE

HINWEISE FÜR DEN UNTERRICHT

1. Kenntnis der politisch-militärischen Einbindung der beiden deutschen Staaten in die Mächtigegruppierungen infolge der Konfrontation der Supermächte

Vgl. Stoffbereich 37

Der Nordatlantikpakt: Mickel, Wolfgang: Europäische Einigungspolitik, Band 2, S. 56 f.

Warschauer Pakt: Mickel, Wolfgang: S. 62 f.

Siehe auch: Schöndube, Claus: Europa - Verträge und Gesetz

Gotto, Klaus u.a.: Konrad Adenauer, seine Deutschland- und Außenpolitik, dtv 1151

Grosser, Alfred: Geschichte Deutschlands, S. 437-454

Lilge, Herbert: Deutschland, S. 71-146

dtv-Atlas 2, S. 238-242

Henning, Friedrich-Wilhelm: Das industrialisierte Deutschland 1914-1972, UTB 337, S. 185-263

Filme:

Deutschland nach der Kapitulation 1945 (FWU 519)

Luftbrücke Berlin (FWU 1587)

Deutschland 1947-49 (FWU 520)

Bilder aus einem fremden Land, Deutschland 1945 (GDI 296)

Flüchtlingsnot an der Zonengrenze 1948 (FWU 530)

Nordatlantikpakt 1949
Korea-Krieg 1950-53
Deutschland-Vertrag 1952
Pariser Verträge 1954
Wiederbewaffnung
Warschauer Pakt 1955
Atomares Patt

LERNZIELE

HINWEISE FÜR DEN UNTERRICHT

2. Einsicht in die Ursachen der
 Fluchtbewegung aus der DDR
 Sozialismus/Diktatur der SED
 Kollektivierung (LPG, VEB)
 Zentrale Verwaltungswirtschaft
 Normenerfüllung
 Volksaufstand 17. Juni 1953
 Mauerbau 1961

Vgl. Stoffbereich 37
 Flüchtlinge 1947-1961: Lilge, Her-
 bert: Deutschland, S. 226
 Verfassung der DDR: Seminarmaterial
 Reden zum Mauerbau aus der Bundes-
 republik Deutschland und der DDR:
 Schafarschik, Walter (Hrsg.):
 Herrschaft durch Sprache-Poli-
 tische Reden. Reclam Nr. 9501/01a,
 S. 77 ff.
 Henning, Friedrich-Wilhelm: Das
 industrialisierte Deutschland,
 S. 244-263

Deutsches Institut für Wirtschafts-
 forschung: Handbuch DDR-Wirtschaft,
 rororo 6217

Filme:
 Auf einer LPG in Mecklenburg
 (FWU 881)

Der 17. Juni 1953 (LFD 030104)

Der deutsche Nachbar - 25 Jahre
 DDR (GDI 360)

Ostverträge: Seminarmaterial

Die Berlin-Regelung; Seminarmaterial

Grundlagenvertrag: Gesamtdeutsches
 Institut: Die Entwicklung der
 Beziehungen, S. 159-165

Statistiken zum innerdeutschen
 Reiseverkehr, Handel usw. 1969/70-
 1977

Bundesministerium für innerdeut-
 sche Beziehungen: Zahlenspiegel
 S. 97-102

Ruffmann, Karl H.: Sowjetrußland,
 S. 240 f.f.

Adams, Erich: Die Vereinigten
 Staaten, S. 433-437

Zeittafel der innerdeutschen
 Beziehungen 1969-1977: Bundes-
 deutsche Institut... Zahlenspiegel,
 S. 91-96

Bundesministerium: Die Entwicklung
 der Beziehungen... 1969-1976,
 S. 7-65

3. Einblick in die Entwicklung des
 Verhältnisses zwischen den beiden
 deutschen Staaten

Kalter Krieg
 Alleinvertretungsanspruch der
 Bundesrepublik Deutschland
 Abgrenzungspolitik der DDR/Zwei-
 Staaten-Theorie
 Friedliche Koexistenz
 Entspannungspolitik
 Moskauer Vertrag 1970
 Warschauer Vertrag 1970
 Berlin-Regelung 1971
 Grundlagenvertrag 1972

LERNZIELE

HINWEISE FÜR DEN UNTERRICHT

4. Einblick in die heutigen Probleme der Wiedervereinigungspräambel des Grundgesetzes

Entfernung der Wiedervereinigungsforderung in der Verfassung der DDR
Urteil des Bundesverfassungsgerichts

Film:
Deutschland nach dem Grundlagenvertrag (LFD 031655)

Es sollten verdeutlicht werden
Vgl. Hinweise zum Unterricht S.21 f.
- die widersprüchlichen Standpunkte der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Parteien und der Deutschen Demokratischen Republik zur Frage der Wiedervereinigung und der deutschen Nation
- der enge Spielraum gesamtdeutscher Politik am Beispiel aktueller Ereignisse

Urteil des Bundesverfassungsgerichts:
Gesamtdeutsches Institut: Die Entwicklung, S. 173

Befragung zur Wiedervereinigung:
Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen: Nation S. 106

Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen: Nation

Deuerlein, Ernst: Deutschland 1963-1970

Ludz, Peter: Die DDR zwischen Ost und West, S. 276-318 (Deutschlandpolitik der DDR)

Film: Der Kreml und die Teilung Deutschlands (LFD 151475)

TEILTHEMA 3

WIRTSCHAFTLICHE UND POLITISCHE EINIGUNGSBESTREBUNGEN IN EUROPA
UNTER BESONDERER BERÜCKSICHTIGUNG DES BEITRAGS DER BUNDESREPUBLIK
DEUTSCHLAND

LERNZIELE

HINWEISE FÜR DEN UNTERRICHT

1. Kenntnis der ideellen politischen und wirtschaftlichen Beweggründe zur europäischen Einigung

Churchill-Rede 1946
Europarat 1949
Menschenrechtskontention 1953

Winston Churchill: Züricher Rede, 19.9.1946: Mickel, Wolfgang: Europäische Einigungspolitik, S. 7 f.
Satzungen des Europarates: Mickel, W.: S. 9

LERNZIELE

HINWEISE FÜR DEN UNTERRICHT

2. Kenntnis der wirtschaftlichen Zusammenschlüsse als mögliche Vorstufen einer politischen Einigung
- Montanunion 1951
 - Römische Verträge 1957: EWG/EG
 - Europa der Neun/Zwölf

3. Einsicht in den Prozeß der deutsch-französischen Verständigung als Voraussetzung für eine europäische Einigung
- Überwindung der "Erbfeindschaft"
 - Deutsch-französischer Vertrag 1963
 - Deutsch-französisches Jugendwerk
 - Partnerstädte

Barraclough, Geoffrey: Die Einheit Europas als Gedanke und Tat, Göttingen 1964, Kleine Vandenhoeck-Reihe 184

Jean Monet: Notwendigkeit einer europ. Gemeinschaft für Kohle und Stahl, 1950:
Mickel W.: S. 78 f.

Montanunion, 1951: Mickel, W.: S. 80 f.

Ziele der EWG (Präambel): Mickel, W.: S. 83

Agrarmarkt, Art. 39 des EWG-Vertrags: Mickel, W.: S. 87 f.

Kasten, Hans: Die Europäische Wirtschaftsintegration, UTB 690

Harbrecht, Wolfgang: Die europäischen Gemeinschaften, UTB 746

Krämer, Hans: Die Europäische Gemeinschaft

Schöndube, Claus: europa-taschenbuch (Begriffserklärungen, Bibliographie, Zeittafel)

Wenn möglich, Konkretisierung der deutsch-französischen Aussöhnung am Beispiel der Partnerschaft der Heimatgemeinde mit einer Stadt in Frankreich.

Befragung der verantwortlichen Stellen zur Entstehung der Partnerschaft und dem derzeitigen Stand der Zusammenarbeit. Befragungen und Literaturlauswertung zum Frankreichbild der älteren und jüngeren Generation
Perspektivwechsel: Der Wandel im Deutschlandbild der Franzosen

Der deutsch-französische Vertrag: Mickel, W.: S. 14 und
Uterwedde, Henrik: die Deutsch-französischen Beziehungen S. 6 f.

Uterwedde, Henrik: Die deutsch-französischen Beziehungen, Berlin 1975

LERNZIELE

HINWEISE FÜR DEN UNTERRICHT

- 4. Einblick in den aktuellen Stand der europäischen Einigungsbestrebungen
- Erweiterung der EG
- Europa-Wahlen
- Europa-Parlament
- Europäisches Währungssystem

Ziebura, Gilbert: Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945, S. 9-23 (Legende der Erbfeindschaft)

Grosser, Alfred: Geschichte, S. 444-451

Anwendung des Gelernten bei der Verarbeitung aktueller themenbezogener Informationen in Presse, Rundfunk und Fernsehen und deren Vergleich (vgl. S. 3, Ziff. 4)

Umfragen zur europäischen Integration: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen: Nation, S. 127-135

Referat Presse und Information des Bundesministeriums für Wirtschaft: ABC der europäischen Gemeinschaften

Reinartz, Ingomar: Wahl für Europa, Ploetz-Taschenbuch zum Zeitgeschehen, Band 4

"Europa im Unterricht": Rundschreiben des Kultusministeriums Rheinland-Pfalz vom 10.11.1978 - 942 A Tgb. Nr. 744/78. In: Amtsblatt des Kultusministeriums von Rheinland-Pfalz 31/78 Nr. 275

TEILTHEMA 4

DIE VERANTWORTUNG DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND ALS WIRTSCHAFTS-
MACHT IM NORD-SÜD-KONFLIKT

LERNZIELE

HINWEISE FÜR DEN UNTERRICHT

- 1. Überblick über die Entkolonialisierung nach dem Zweiten Weltkrieg
- Balkanisierung Afrikas

Der Überblick sollte auch einbeziehen

- die politischen und gesellschaftlichen Probleme der Dritten Welt, die auf die Kolonialzeit zurückzuführen sind,
- den derzeitigen Kampf von "Befreiungsbewegungen" und seine unterschiedliche Beurteilung

LERNZIELE

HINWEISE FÜR DEN UNTERRICHT

2. Einsicht in die Probleme der Entwicklungsländer und die Notwendigkeit der Entwicklungshilfe an Beispielen

- Pro-Kopf-Einkommen
- "Teufelskreis der Armut"
- Monokultur
- Infrastruktur
- Analphabetentum
- Bevölkerungsexplosion

3. Kenntnis der wirtschaftlichen Verflechtung der Bundesrepublik mit der Dritten Welt

Welthandelskonferenz

4. Vergleich der Entwicklungshilfe der beiden deutschen Staaten: Ziele, Umfang, Formen und Wirkungen

- Hilfe zur Selbsthilfe wirtschaftlicher Zusammenarbeit
- Misereor/Brot für die Welt
- Militärhilfe

Bertraux, Pierre: Afrika - FWG Bd. 32
Bianco, Lucien: Das moderne Asien FWG, Bd. 33

Ansprenger, Franz: Die Auflösung der Kolonialreiche, dtv 4013
dtv-Atlas 2, S. 266 f.

Film:
Afrika wird selbständig

Welternährung: Materialien des Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Nr. 59

Außenhandel der beiden deutschen Staaten: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen: Zahlenspiegel, S. 27-29

4. Welthandelskonferenz: Materialien, Nr. 53

Krise um Öl und Rohstoffe: Materialien Nr. 47

Entwicklungshilfe der Bundesrepublik: Zahlenspiegel S. 34

Entwicklungshilfe der Bundesrepublik: Tatsachen über Deutschland, Goldmann -TB

3. Bericht zur Entwicklungshilfe der Bundesregierung: Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Entwicklungshilfe des Ostblocks: Aktuelle IRO-Landkarte 7/76

Bley, Helmut: Afrika und Bonn, rororo aktuell 4270

Lamm, Hans/Kupper, Siegfried: DDR und Dritte Welt

Filme:
Trok Padrou - Analyse eines Misereor-Projekts (AVM 97 003 7)
Die Kredite des Paters Melchers (AVM 97 050 6):
AV-Medienzentrale-audio-visueller Mediendienst der Diözesen Fulda, Mainz, Speyer, Trier
65 Mainz 1, Postfach 3004

2. DIE GESCHICHTE DES FÖDERALISMUS IN DEUTSCHLAND

Zeitrichtwert 24 Stunden

In vordergründiger Betrachtung könnte dieses Thema auf Überraschung, vielleicht sogar auf Ablehnung stoßen; wird es doch heute im Geschichts- wie im Sozialkundeunterricht meist vernachlässigt. Föderalismus ist aber ein Prinzip staatlicher Ordnung, das sowohl in unserer Geschichte als auch in der politischen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland und in den Bemühungen um europäische Einigung von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist.

Das Thema ermöglicht daher die für eine Abschlußklasse wie das 10. freiwillige Schuljahr an der Hauptschule besonders wünschenswerte fächerübergreifende Betrachtungsweise: Fragestellungen der Geschichte und der Sozialkunde können sich hier gegenseitig gut ergänzen, ohne daß es zu einer unzulässigen Vermengung der fachspezifischen Aspekte und Methoden kommt. Außerdem gibt das Thema die Möglichkeit, dem im vorliegenden Lehrplanentwurf generell betonten Bezug zu regionalen Gegebenheiten, hier also dem Bezug zum eigenen Bundesland, in seiner Verklammerung mit den weiteren politischen Ebenen und Einheiten zu berücksichtigen. Für eine Abschlußklasse wie das 10. Schuljahr an der Hauptschule bietet sich das Thema "Geschichte des Föderalismus in Deutsch-

land" auch deshalb an,
weil es

- ausgehend von gegenwärtigen Gegebenheiten und Fragestellungen, im längsschnittartigen Rekurs, unter Anwendung des analytisch-thematischen und des vergleichenden Verfahrens, ein wiederholendes Abschreiten der geschichtlichen Epochen vom Mittelalter bis zur Gegenwart ermöglicht und damit wesentlich zum Verständnis heutiger Verhältnisse und künftiger Entwicklung beizutragen vermag
- Die Anwendung vertiefender fächerübergreifender Betrachtungsweisen durch Verbindung geschichtlicher, sozialkundlicher und geographischer Aspekte fördert
- die Anwendung vertiefender, fächerübergreifender Betrachtungsweisen durch Verbindung geschichtlicher, sozialkundlicher und geographischer Aspekte fördert
- besonders geeignet ist, repräsentativen Bezug zu regionalen Gegebenheiten in Gegenwart und Geschichte herzustellen.

Folgende Schritte unterrichtlicher Gestaltung des Themas bieten sich an:

- Präzisierung des Problems "Föderalismus" und Erstellung eines Erarbeitungsplanes (Entwicklung einer Fragestellung, Thematisierung des Lerninhalts und Strukturierung des Lernvorhabens)
- Erarbeitung der föderativen Struktur der Bundesrepublik Deutschland (Teilthema 1)
- Erarbeitung der Entwicklungsphasen des Föderalismus in Deutschland im historischen Längsschnitt (Teilthema 2 und 3)
- Urteilsbildung über den Föderalismus als Strukturprinzip politischer Ordnung: Verbindung der erworbenen geschichtlichen Kenntnisse mit dem Wissen über gegenwärtige Verhältnisse und Entwicklungstendenzen (Teilthema 4).

LERNZIELE

HINWEISE FÜR DEN UNTERRICHT

TEILTHEMA 1

ÜBERBLICK ÜBER DIE FÖDERATIVE STRUKTUR DER BUNDESREPUBLIK
DEUTSCHLAND ALS DURCH DIE NACHKRIEGSZEIT BEDINGTE AUSFORMUNG DES
DEUTSCHEN FÖDERALISMUS

LERNZIELE

HINWEISE FÜR DEN UNTERRICHT

1. Einsicht in die Entstehung der Bundesrepublik Deutschland als Ergebnis westallierter und deutscher Vorstellungen vom Aufbau eines neuen deutschen Staates in Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte

Auflösung Preußens/"Partikularisierung" Deutschlands

Ablösung des nationalsozialistischen Einheitsstaates

Gründung der Länder und der Bundesrepublik Deutschland

Prinzipien: Föderalismus - Unitarismus

Staatsform: Bundesstaat - Einheitsstaat

Verwaltung: Dezentralismus - Zentralismus

2. Einblick in die föderative Struktur der Bundesrepublik Deutschland

Bundesländer

Länderparlamente

Bundestag - Bundesrat

Laufer, Heinz: Das föderative System der Bundesrepublik Deutschland, S. 41-53

Kartenvergleich: Deutschland 1648, 1815, 1948, 1979

Der Bund und die Länder: GG, Art. 20 - 37

Bundesrat: GG, Art. 50-53

Die Grundlagen des Staates: Landesverfassung Rheinland-Pfalz, Art. 74

Ellwein, Thomas: Das Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland

Laufer, Heinz: Das föderative System, S. 55-84

TEILTHEMA 2

LERNZIELE

HINWEISE FÜR DEN UNTERRICHT

- 3. Kenntnis der Aufgabenteilung von Bund und Ländern und der verfassungsrechtlichen Verankerung des Föderalismus im Grundgesetz
- 1. Vertikale Gewaltenteilung
- Kooperativer Föderalismus
- Kulturhoheit der Länder

Die Gesetzgebung des Bundes:
GG, Art. 70-75
Finanzwesen: GG, Art. 104 a - 115
Laufer, Heinz: Das föderative System, S. 107-150

TEILTHEMA 2

ENTWICKLUNGSPHASEN DES DEUTSCHEN FÖDERALISMUS VON 911 BIS 1806

LERNZIELE

HINWEISE FÜR DEN UNTERRICHT

- 1. Einblick in das Spannungsverhältnis zwischen König und Herzögen/Fürsten im Mittelalter
- Regalien
- Lehen
- Herzogtümer
- Territorien
- Gesetz zugunsten der Fürsten
- "Landesherrn" 1231
- Goldene Bulle 1356

Stoffbereich 9: Das Lehnswesen
Stoffbereich 10, Thema 3: Die Grundstrukturen des Reiches
Brief Karls an den Abt von Altaich
GiQ 2, S. 76 f.
Gesetz über das Lehensrecht:
GiQ 2, S. 409-411
"Statutum in favorem principum":
GiQ 2, S. 568 f.
Die Goldene Bulle: GiQ 2, S. 772-781
Gansdorf, Francois-Louis: Was ist das Lehnswesen?
Koschorrek, Walter: Der Sachsen-
spiegel in Bildern
Gundmann, Herbert (Hrsg.): Gebhardt-Handbuch der deutschen Geschichte, Band 7: Staat, Gesellschaft, Wirtschaft im deutschen Mittelalter, dtv 4207

LERNZIELE

HINWEISE FÜR DEN UNTERRICHT

2. Kenntnis der Auswirkung der Reformation und der Religionskriege für die Ausbildung der Souveränität der Fürsten

Landesherr
Landeskirche
Augsburger Religionsfriede 1555
Westfälischer Friede 1648

3. Kenntnis der Auswirkung der Französischen Revolution auf die staatlichen Verhältnisse in Deutschland

Reichsdeputationshauptschluß
Mediatisierung
Säkularisation
Rheinbund
Ende des Deutschen Reiches 1806

Stoffbereich 18, Thema 2: Der Dreißigjährige Krieg

Abschied des Augsburger Reichstages, Art. 15, 23, 25-27 GiQ:3, S. 205-207

Westfälischer Friede, Art. 8: GiQ 3, S. 348

Teutscher Fürsten-Staat, 1655: GiQ 3, S. 468-472

Gundmann, Herbert (Hrsg.): Gebhardt-Handbuch, dtv 4208-4211

Das Zeitalter der Reformation, Band 8, Das Zeitalter der Glaubenskämpfe, Band 9

Vom Westfälischen Frieden zur Französischen Revolution, Band 10
Verfassungsgeschichte vom Ende des Mittelalters bis zum Ende des alten Reiches, Band 11

Stoffbereich 23, Thema 1: Die neue Ordnung Napoleons

Gundmann, Herbert: Gebhardt-Handbuch, Von der Französischen Revolution bis zum Wiener Kongreß (Band 14), dtv 4214

Bergeron, Louis u.a.: Das Zeitalter der europäischen Revolutionen, FWG 26

Kartenvergleich:
Deutschland 1789 und 1806

TEILTHEMA 3

ÜBERBLICK ÜBER DIE ENTWICKLUNG DES DEUTSCHEN FÖDERALISMUS
ZWISCHEN 1815 UND 1933

LERNZIELE

HINWEISE FÜR DEN UNTERRICHT

1. Kenntnis der Neugliederung Deutschlands als Staatenbund durch den Wiener Kongreß
Deutscher Bund
Staatenbund
Restauration

Deutsche Bundesakte: Walper, Karl-Heinz: Föderalismus S. 101 ff.
Gundmann, Herbert: Gebhardt-Handbuch, Vom Deutschen Bund zum Deutschen Reich (Band 15), dtv 4215 dtv-Atlas 2, S. 41

2. Einblick in die Versuche der Frankfurter Nationalversammlung zur Lösung der Deutschen Frage
Großdeutsche/kleindeutsche Lösung
Unitarische/föderative Lösung

Reichsverfassung von 1849 (Schau- bild): dtv-Atlas 2, S. 56

Laufer, Heinz: Das föderative System, S. 23-25

Palmade, Guy: Das bürgerliche Zeitalter, FWG 27

3. Kenntnis des bundesstaatlichen Prinzips der Reichsverfassung von 1871

Die Verfassung des deutschen Reiches, 1871: Laufer, Heinz: Das föderative System, S. 195-197

"Reichsrecht bricht Landesrecht" Reservatrechte für die süddeutschen Staaten
Bundesrat

Reichsverfassung von 1871 (Schau- bild): dtv-Atlas 2, S. 76

Laufer, Heinz; Das föderative System, S. 27-32

4. Einsicht in die Schwächung des föderativen Prinzips in der Weimarer Verfassung

Artikel zum Föderalismus in den Verfassungen von 1871 und 1919 im Vergleich: Walper, Karl-Heinz; Föderalismus, S. 110 f.

Länder als "Kostgänger" des Reiches
Finanzhoheit
Stärkung der Reichsgewalt/Stel- lung des Reichspräsidenten

Die Weimarer Verfassung: Laufer, Heinz, Das föderative System, S. 197-199

Reichsverfassung von 1919 (Schau- bild): dtv-Atlas 2, S. 148

Laufer, Heinz: Das föderative System, S. 32-37

Laufer, Heinz: Das föderative System, S. 37 f.

Broszat, Martin: Der Staat Hitlers, dtv 4009

Deutschland 1933/45: dtv-Atlas 2, S. 194

LERNZIELE

HINWEISE FÜR DEN UNTERRICHT

- 5. Kenntnis der Beseitigung der föderativen Ordnung nach 1933
- Ermächtigungsgesetz
- Gleichschaltung der Länder
- Reichsstatthaltergesetz
- Führerprinzip

Gesetz über den Neubau des Reiches: 30.01.1934: Hofer, Walter: Der Nationalsozialismus, S. 63 f.

Vorläufiges Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich, 31.03.1933: Laufer, Heinz: Das föderative System, S. 200-202

Zweites Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich: Laufer, H.: S. 202-204

Laufer, Heinz: das föderative System, S. 37 f.

Broszat, Martin: Der Staat Hitlers, dtv 4009

Deutschland 1933/45 dtv-Atlas 2

TEILTHEMA 4

BEURTEILUNG DER FÖDERATIVEN ORDNUNG DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

LERNZIELE

HINWEISE FÜR DEN UNTERRICHT

- 1. Fähigkeit zum Ordnen unterschiedlicher Auffassungen zur föderativen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland
- Tradition
- Vertikale Gewaltenteilung
- Verminderung der Gefährdung durch Gleichschaltung"
- Möglichkeit der Bürger zu vielfältiger Teilnahme an der Politik
- Teilweise fehlende Einheitlichkeit
- 2. Einsicht in die Weiterentwicklung der föderativen Ordnung

Bericht der Bundesregierung über die strukturellen Probleme des föderativen Bildungssystems, München 1978

Mängelbericht der Bundesregierung - Kurzfassung: Das Ziel: besser und übersichtlicher: Ministerium für Bildung und Wissenschaft, Bonn 1978

Das Teilthema 4 bietet dem Schüler gute Gelegenheit, bei der Behandlung der vorhergehenden Themen - im Unterricht erworbenes Wissen selbständig in den Unterricht einzubringen

- sein eigenes Vorwissen zu gliedern in
 - Mutmaßungen
 - sicheres Wissen
- bei einzelnen Arbeitsschritten/Unterrichtsverfahren die Möglichkeit eigenen Vorurteils zu bedenken und es ggf. zurückzustellen
- in Einsicht des eigenen Wissens und Urteilsvermögens
 - die Tatsache offener Fragen zu akzeptieren
 - auf vorschnelle Urteile zu verzichten
 - andere Auffassungen zu tolerieren.

Vgl. S. 3!

Glossar, zur Lehrplanentwicklung in Rheinland-Pfalz: Kooperative Arbeitsfähigkeiten, S. 34

Lernziele zur Teilnahme an Gesprächen, S. 75 ff.

Lernziele zur Leitung eines Gesprächs: Forster, H./Hachgenei, W.J. (Hrsg.): Curriculumtheorie und Lehrplanentwicklung in Rheinland-Pfalz. Mainz: Institut für Staatsbürgerliche Bildung in Rheinland-Pfalz, S. 82 f.

3. LITERATUR

Bergsdorf, W.: Besatzung und politischer Wiederaufbau Deutschlands. In: aus politik und zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament", B 20/79 vom 19.05.1979, S. 3-24.

Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft: Das Ziel: besser und übersichtlicher. Bildung in Deutschland. Bonn 1978.

Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen: (Hrsg.): Nation. Büchen o.J.

Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik 1969-1976. Bonn 1977.

DDR-Handbuch. Köln 1975.

Zahlenspiegel. Ein Vergleich Bundesrepublik - Deutsche Demokratische Republik. Bonn 1978.

Deuerlein, E.: Föderalismus. München 1972.

Ellwein, Th.: Das Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland. Opladen ⁴1977.

Erbe, G.: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in der DDR. Opladen 1979.

Gansdorf, F.-L.: Was ist das Lehnswesen? Darmstadt ⁵1977.

Habel, P./Kistler, H.: Entscheidung in Deutschland 1945-1955 Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn 1978.

Hirschner, F.: Aus dem Chaos zum Land mit Zukunft. Neuwied o.J.

Institut für staatsbürgerliche Bildung in Rheinland-Pfalz (Hrsg.): Das Abenteuer von Helsinki. Mainz 1973.

Krämer, H.: Die Europäische Gemeinschaft. Stuttgart 1954.

Lamm, H. u.a.: DDR und Dritte Welt. München 1976.

Laufer, H.: Das föderative System in der Bundesrepublik Deutschland. Bayerische Landeszentrale für politische Bildung, München 1973.

Lautemann, W.: (Hrsg.): Geschichte in Quellen (GiQ), Band II: Mittelalter. München 1975.

Geschichte in Quellen, Band III: Renaissance, Glaubenskämpfe, Absolutismus. München 1966.

Geschichte in Quellen Band V: Weltkriege und Revolution 1914 - 1945. München 1970.

Lessing, C./Fischer, K.G.: Überlegungen zu Stellenwert und Darstellung der Deutschen Frage im politischen Unterricht. Stuttgart 1977.

Lilje, H.: Deutschland 1945-63. Edition Zeitgeschehen, Hannover 1965.

Ludz.P.C.: Die DDR zwischen Ost und West. Politische Analysen von 1961-1976. Beck's Schwarze Reihe 154. München 1977.

Mickel, W.: Europäische Einigungspolitik, Band 2. Neuwied 1974.

Nitzschke, H. (Hrsg.): Umstrittene Probleme der neuesten Geschichte. Paderborn o.J..

Schafarschik, W. (Hrsg.): Herrschaft durch Sprache - Politische Reden. Stuttgart 1973.

Schöndube, C.: europa-taschenbuch. Bonn ⁶1977.

Europa-Verträge und Gesetze. Bonn ³1977.

Scholz, P.: Die deutsche Demokratie. Geschichte und Staat, Band 101/102. München ³1969.

Schweitzer, C.Ch.: Die deutsche Nation - Aussagen von Bismarck bis Honecker. Bibliothek Wissenschaft und Politik, Band 15. Köln 1979.

Staatskanzlei Rheinland-Pfalz - Pressestelle (Hrsg.): Rheinland-Pfalz. Heute und morgen. Mainz 1974.

Stammen, Th.: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland im Grundriß. München 1975.

Uterwedde, H.: Die deutsch-französischen Beziehungen: Von der Aussöhnung zur Kooperation. Landeszentrale für Politische Bildung. Berlin 1975.

Walper, H.: Föderalismus. Berlin ³1977

Walpuski, G.: Verteidigung und Entspannung = Sicherheit - Texte und Materialien zur Außen- und Sicherheitspolitik. Bonn-Bad Godesberg 1975.

Weber, J.: Auf dem Weg zur Republik. Bayerische Landeszentrale für politische Bildung. München 1978.

Zieburg, G.: Die deutsch-französischen Beziehungen seit

Taschenbücher sind in den Hinweisen zum Unterricht angegeben.

Die Veröffentlichungen des Bundesministeriums für Innerdeutsche Beziehungen sind zu beziehen über das Gesamtdeutsche Institut - Bundesanstalt für Gesamtdeutsche Aufgaben, 5300 Bonn 1, Adenauerallee 10.

Die Veröffentlichungen der Landeszentrale für Politische Bildung Rheinland-Pfalz sind in Informationsschriften der Landeszentrale, die an alle Schulen des Landes ausgeliefert werden, angegeben.

IV. SOZIALKUNDE

1. DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND ALS SOZIALSTAAT

Es ist Aufgabe der Schule, objektive Betroffenheit subjektiv bewußt, erfahrbar und durchschaubar zu machen. Das Thema "Sozialstaat" ist dazu gut geeignet. Die Sozialordnung greift unmittelbar in das Leben jedes Menschen ein. Für die Schüler des 10. freiwilligen Schuljahres an der Hauptschule wird das Thema "Sozialstaat" noch im Verlauf dieses Schuljahres bei der Berufswahl und wenig später im Arbeitsleben in den Vordergrund rücken.

Das Thema kann daher auf die "Bewältigung konkreter Lebenssituationen" vorbereiten: Die bevorstehende Berufswahl oder der baldige Eintritt der Schüler in das Erwerbsleben konfrontieren sie auf vielfältige Weise mit den Fragen der sozialen Sicherung und erfordern ihre Auseinandersetzung mit den Möglichkeiten privater und öffentlicher Daseinsvorsorge.

Das Menschenbild des Grundgesetzes ist nicht das eines isolierten, souveränen Individuums, sondern es ist von der Erkenntnis getragen, daß die Freiheit des einzelnen nur mittels einer politischen Ordnung der Gesamtgesellschaft mit der Freiheit aller anderen vereinbar ist.

In dieses Spannungsverhältnis von Individualität und Sozialität, welches das Recht des einzelnen auf selbstverantwortliche Entscheidungen garantiert, gleichzeitig aber auch die Schranken des einzelnen zugunsten des sozialen Zusammenlebens aller festlegt, greift der Staat in seiner verpflichtenden Schutzfunktion durch die Gesetzgebung ein.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland legt in Artikel 20 im Zusammenhang mit Artikel 79 eindeutig fest, daß in der Bundesrepublik Deutschland das Rechtsstaatsprinzip und das Sozialstaatsprinzip unauflösbar miteinander verbunden sind. Das Verfassungsverständnis des Grund-

gesetzes ergänzt den liberalen Rechtsstaat des 19. Jahrhunderts dahingehend, daß heute dem Staat neben der Sicherung der individuellen Freiheit die Aufgabe zukommt, auch die soziale Sicherheit zu gewährleisten.

Staat, gesellschaftliche Gruppen und Individuen ergänzen sich in der Wahrnehmung der Verantwortung für die Ausgestaltung des Sozialstaatsgefüges nach Maßgabe des Grundgesetzes. In diesem Rahmen hat der Staat die Voraussetzungen für öffentliche Daseinsvorsorge, für soziale Sicherheit und für die sozial gerechte Verteilung der Lebensgüter zu schaffen. Daraus ergibt sich, daß sozialgesicherte Freiheit auch soziale Verantwortung erfordert.

Das Grundgesetz definiert keine sozialen Grundrechte und verzichtet auf einen Maßnahmenkatalog zur Sicherung sozialer Gerechtigkeit. Es beschreibt nur die Zielvorstellungen, läßt den Weg zu ihrer Erreichung für den Gesetzgeber aber offen.

Die Verwirklichung des Sozialstaatsprinzips bringt es mit sich, daß der einzelne sich diejenigen Schranken seiner Handlungsfreiheit gefallen lassen muß, die der Gesetzgeber zur Pflege und Förderung des sozialen Zusammenlebens als allgemein zumutbar ansieht. Grenze der Zumutbarkeit ist die Wahrung der Eigenständigkeit der Person. So verneint z.B. das Bundesverfassungsgericht in der Begründung seines numerus clausus-Urteils vom 18.07.1972 die Verpflichtung des Staates, jedem einen Studienplatz nach seiner Wahl zur Verfügung zu stellen: "Das liefe auf ein Mißverständnis von Freiheit hinaus, bei dem verkannt würde, daß sich politische Freiheit auf die Dauer nicht losgelöst von Funktionsfähigkeit und Gleichgewicht des Ganzen verwirklichen läßt und daß ein unbegrenztes subjektives Anspruchsdenken auf Kosten der Allgemeinheit unvereinbar mit dem Sozialstaatsgedanken ist."

Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts bedeutet Sozialstaat Garantie, Schutz und Auftrag zur sozialen Gerechtigkeit. Der soziale Rechtsstaat zielt auf die

Vermittlung zwischen dem größtmöglichen Maß an sozialer Sicherheit und ihrer Realisierbarkeit im Rahmen der gegebenen finanziellen und organisatorischen Bedingungen. Das größtmöglichste Maß ist ebenso umstritten wie die Möglichkeit der Realisierbarkeit.

In den vorausgegangenen Schuljahren stand das Thema "Sozialstaat" nicht im Mittelpunkt des Sozialkundeunterrichts.

Zwar kann der Lehrer nach dem Lehrplanentwurf für die Klassen 7-9/10 bei der Behandlung des Themas "Die politische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland" in der Klasse 9 Lernziele zum Thema "Sozialstaat" ansprechen, aber in den meisten Fällen ist anzunehmen, daß er sich auf die unmittelbar im Lehrplanentwurf ausgewiesenen Lernziele beschränkt. Lediglich der Geschichtsunterricht hatte in der Klasse 8 die Sozialgesetzgebung Bismarcks zum Unterrichtsgegenstand.

Insgesamt muß daher das Vorwissen der Schüler zur Thematik des Sozialstaats als gering angesehen werden.

Das Thema "Die Bundesrepublik Deutschland als Sozialstaat" ist in 3 Teilthemen gegliedert:

Sozialversicherung als Solidargemeinschaft

Das "Netz" der sozialen Sicherung

Soziale Grundansprüche

Aus Zeitgründen muß bei der Behandlung des Teilthemas 1 durch exemplarisches Unterrichten eine Schwerpunktbildung bei e i n e r Pflichtversicherung erfolgen. Kriterien für Auswahl des Schwerpunktes können z.B. "Aktualität", "Betroffenheit der Schüler" oder "Raumbezogenheit" sein. Bei der Behandlung des Teilthemas 2 "Das 'Netz' der sozialen Sicherung" sollen Möglichkeiten, Verfahren und Grenzen der sozialen Hilfe für belastete Gruppen aufgeführt werden.

Auch bei diesem Teilthema muß eine Schwerpunktbildung durch den Lehrer erfolgen, weil nur so Allgemeine Lernziele des Bereiches "Arbeitstechniken/Methoden" unterrichtlich umgesetzt werden können.

Das bei der Behandlung der Teilthemen 1 und 2 erworbene Wissen soll bei dem Teilthema 3 "Soziale Grundansprüche" unter verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten wieder aufgegriffen werden. Dazu ist es erforderlich, die sozialstaatlichen Grundansprüche systematisch darzustellen. Dadurch wird auch sichergestellt, daß die Grundsatzfragen berücksichtigt und nicht unzulässig verkürzt werden. Bei den Teilthemen 1 und 2 ist es allerdings auch möglich, einzelne Grundsatzfragen aus dem Teilthema 3 sinnvoll einzugliedern. Es wäre eine unzulässige Verkürzung der Behandlung der Grundsatzfragen, wenn das Spannungsverhältnis von wirtschaftlicher Leistung und sozialer Sicherung und der sich daraus ergebenden Verpflichtungen für den einzelnen - vgl. Lernziel 5, S. 36 - nicht hinreichend behandelt würde.

Bei der unterrichtlichen Umsetzung des Themas 1 ist es für die Motivierung der Schüler wesentlich, daß - etwa in der Form der Planungsstunde - die erforderliche Vermittlung der Kenntnis über Institutionen und ihrer Funktionen (Gefahr der Institutionenkunde!) eingebunden wird in die damit gegebenen politischen Spannungsfelder (z.B. alternative Programme von Parteien und Interessenverbänden) und Möglichkeiten der Kompromißfindung.

TEILTHEMA 1

SOZIALVERSICHERUNG ALS SOLIDARGEMEINSCHAFT

LERNZIELE

HINWEISE FÜR DEN UNTERRICHT

1. Überblick über die wichtigsten staatlichen und privaten Einrichtungen zur Sicherung des einzelnen bei Krankheit, Arbeitsunfällen und im Alter

Einblick in die Unterschiede der Familienstrukturen vor 150 Jahren und heute
Einsicht in die daraus folgende Notwendigkeit, heute soziale Sicherheit durch Sozialpolitik zu erreichen.

- Großfamilie - Kleinfamilie
Kenntnis von Trägern der Sozialpolitik
- Staat
 - Kirchen
 - Freie Wohlfahrtsverbände
 - Tarifparteien
 - Betriebe
 - einzelne und Gruppen.

2. Kenntnis der Pflichtversicherung und wichtiger Versicherungen

3. Kenntnis des Personenkreises der Pflichtversicherten
Einblick in die Gründe Nicht-Versicherungspflichtiger, sich freiwillig zu versichern.

4. Kenntnis der Aufgaben, Leistungen und Finanzierung einer der vier Pflichtversicherungen

Wie hat sich die Absicherung gegen Lebens- und Berufsrisiken entwickelt?

Überblick: Lebens- und Berufsrisiken; Vergleich zwischen früher und heute, zwischen der Bundesrepublik Deutschland und anderen Ländern

Die Träger der Sozialpolitik und Beispiele für soziale Leistungen dieser Träger

Sammlung von Materialien zu einzelnen Sozialversicherungen durch die Schüler (z.B. Rentenbescheid, Krankenhausrechnung, Prospekte der Krankenkassen, des Arbeitsamts); Strukturierung des Vorwissens der Schüler und Ordnung der vorgefundenen Materialien z.B. nach folgendem Muster:

Pflichtversicherungen	Freiw. Versich.
Arbeitslosenversicherung	z.B.
Krankenversicherung	Lebensversich.
Rentenversicherung	Haftpflichtversicherung
Unfallversicherung	Hausratversicherung
Versicherungspflicht für alle Arbeiter, Angestellte bis zu einem bestimmten Einkommen, Studenten, Auszubildende, Wehr- und Zivildienstleistende	...

Wie weit ist man vor Arbeitslosigkeit gesichert?

Vergleich des Kündigungsschutzes in der Bundesrepublik Deutschland und der USA

- | | |
|--|---|
| <p>1 Überblick der Aufgaben, Leistungen und Finanzierung der Arbeitslosenversicherung
(alternativ zu 4.2-4.4)</p> | <p>Auswertung der gesammelten Materialien z.B. nach folgenden Gesichtspunkten:
- Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen (Arbeitsvermittlung, Berufsberatung, Förderung der beruflichen Bildung, Kurzarbeitergeld, Schlechtwettergeld)</p> |
| <p>2 Kenntnis der Aufgaben, Leistungen und Finanzierung der Krankenversicherung
(Alternativ zu 4.1, 4.3, 4.4)</p> | <p>- Leistungen bei Arbeitslosigkeit und bei Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers (Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Konkursausfallgeld)
- Aufbringung der Mittel durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu je 50%</p> |
| <p>3 Kenntnis von Aufgaben, Leistungen und Finanzierung der gesetzlichen Unfallversicherung
(Alternativ zu 1.3.1, 1.3.2 und 1.3.4)</p> | <p>Hinweise auf die gesetzliche Regelung durch das Arbeitsförderungsgesetz (AFG)
Zusammenfassung der Arbeiten z.B. in einem Schaubild.</p> |
| <p>4 Kenntnis der Aufgaben, Leistungen und Finanzierung der Rentenversicherung
(Alternativ zu 4.1-4.3)</p> | <p>Wie weit reicht der Schutz der Krankenversicherung?
Ausweitung der Krankheitskosten bei sehr weitem Schutz
Frage der Selbstbeteiligung an den Krankenkosten</p> |
| <p>5. Einblick in private Versicherungsmöglichkeiten (z.B. Lebensversicherung, Hausratversicherung, Haftpflicht)</p> | <p>Auswertung der gesammelten Materialien. Dabei Berücksichtigung folgender Gesichtspunkte:
- Vorbeugung vor
- Heilung von Krankheiten und Wiederherstellung der Arbeitskraft
- Lohnfortzahlung
- Beitragszahlung durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu je 50%</p> |
| <p>6. Einsicht, warum die Versicherungen als Solidargemeinschaften konzipiert sind
Risikoverteilung</p> | <p>Bei diesem Teilthema bietet sich die Behandlung von Aspekten der Selbstverwaltung der Sozialversicherung an.</p> |
| | <p>Warum hat der Unfallschutz große Bedeutung?</p> |
| | <p>Auswertung der gesammelten Materialien z.B. nach folgenden Gesichtspunkten:
- Verhinderung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten
- Entschädigung des Verletzten, seiner Angehörigen oder Versorgung seiner Hinterbliebenen
- Beitragszahlung durch den Arbeitgeber</p> |
| | <p>Wie können die Renten für die Zukunft gesichert werden?</p> |
| | <p>Auswertung der gesammelten Materialien z.B. nach folgenden Gesichtspunkten:
- Sicherung des Einzelnen und seiner Angehörigen im Alter oder bei Invalidität
- Übernahme der Rehabilitationskosten
- Beitragszahlung durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu je 50%</p> |

Anpassung der Rente an die jeweilige veränderte Einkommensentwicklung (Dynamische Rente)

Schaubild: Altersstruktur der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland

Exemplarisches Arbeiten mit Prospekten verschiedener Versicherungsträger, ggf. Einladung eines Versicherungsagenten gemäß Rundschreiben des Kultusministeriums vom 6.12.1971 IV A 3 AZ. B 674, Abl. S. 565

Das "Funktionieren" einer Versicherung Das Solidarprinzip als Grundlage der Versicherungen

Zusammenfassung der Unterrichtsstunden über freiwillige und Pflichtversicherungen unter dem Gesichtspunkt der Solidargemeinschaft, ggf. mit Hilfe des Schaubildes über die Altersstruktur der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland.

LEHRZIELE
TEILTHEMA 2

DAS "NETZ" DER SOZIALEN SICHERUNG

LEHRZIELE

HINWEISE FÜR DEN UNTERRICHT

1. Kenntnis der Ziele und Methoden der Hilfe für besonders belastete Personen und Gruppen

Einsicht in die Problematik der Sozialhilfe, die darin besteht, daß staatliche Hilfe einerseits notwendig ist, andererseits aber die Eigenverantwortung des Individuums nicht abbauen will

Staatsfreie Formen der Sozialhilfe

Einblick in Möglichkeiten und Grenzen der Sozialhilfe

Gibt es bei uns Arme?

Erarbeitung eines Überblicks über besonders belastete Personen und Gruppen und über mögliche Hilfen.

Vorbereitende Hausaufgabe: Sammeln von Bildern und Zeitungsmeldungen, z.B. über einzelne Fälle von Armut, über "Randgruppen", Behinderte, wirtschaftliche Belastung von Familien mit Kindern

Film "Arm würde ich nicht sagen" FWU 32 29 45) und/oder Konstruktion eines

Falles für Sozialhilfe in der Klasse nach dem Besuch einiger Schüler auf dem Sozialamt zur Ermittlung von Daten für das Einzelbeispiel und zur Erlangung von Auskünften über Möglichkeiten und Grenzen der Sozialhilfe

LERNZIELE

HINWEISE FÜR DEN UNTERRICHT

- Anspruch auf Sozialhilfe
- Finanzielle Leistungen
- Träger der Sozialhilfe

Einsicht in die Notwendigkeit des Familienlastenausgleichs

Überblick über Maßnahmen des Familienlastenausgleichs

Überblick über Verbesserungsmöglichkeiten

Kenntnis von gesetzlichen Maßnahmen des Staates zur Förderung der Ausbildung von Auszubildenden, Schülern und Studenten

Einsicht in die Notwendigkeit der Förderung dieser Bevölkerungsgruppen durch den Staat

Kenntnis von Hilfen durch freie Träger und durch einzelne Personen

Einblick in Hilfen des Staates für besonders belastete Gruppen und Personen

Sozialer Wohnungsbau, Mieterschutz, Kriegsopferversorgung, Flüchtlingshilfe, ...

Aufarbeitung durch Erstellen einer Systematik, durch Analyse der eingeholten Daten und durch Diskussion über Möglichkeiten und Grenzen der Sozialhilfe. Beachtung der Aufsichtspflicht und der Datenschutzgesetze!

Warum muß die Familie gefördert werden?

Ein Beispiel für Familienlastenausgleich
Auswertung von Materialien in (arbeits-
teiligen) Gruppenunterricht zu folgenden Themen: Das Kind als Kostenfaktor; Vergleich zweier Gehaltsabrechnungen: lediger Arbeitnehmer und Arbeitnehmer mit Kindern; Pressemitteilungen über Belastungen der Familie; "Die Familie als Wirtschaftsgemeinschaft" in RPZ-Unterrichtsmodell 1/75 "Familie".

Reflektieren über Grenzen

- Steuervergünstigungen
- Kindergeld
- Wohngeld

Warum unterstützt der Staat die Ausbildung?

Ausbildungsförderung nach den Bestimmungen des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAFÖG) und nach dem Arbeitsförderungsgesetz

Info Bildungspolitik 1 1977

Warum helfen freie Träger und einzelne Personen?

Auflistung von Gründen, warum staatliche Maßnahmen nicht in allen Fällen Armut verhindern, z.B.:

- Auch bei noch so sorgfältiger Formulierung von Gesetzen und Verordnungen kann es Fälle individueller Not geben, die durch keinen gesetzlichen Anspruch behoben werden können.
- Manche Bürger nehmen keine staatliche Sozialhilfe an (Nichtseßhafte,...)

Worin rindet die Unterstützung anderer besonders belasteter Personen und Gruppen ihre Begründung?

LERNZIELE

HINWEISE FÜR DEN UNTERRICHT

Ergänzung und Zusammenfassung der Unterrichtsarbeit nach folgendem Beispiel:

Hilfen zur Verhinderung von Armut und Not	Hilfen bei bereits eingetretener Armut und Not
---	--

TEILTHEMA 3

SOZIALE GRUNDANSPRÜCHE

LERNZIELE

HINWEISE FÜR DEN UNTERRICHT

Erkennen des Grundrechtscharakters der sozialen Sicherung

Wie kann die individuelle Freiheit durch soziale Sicherung garantiert werden?

- 1. Einsicht in den Zusammenhang von individueller Freiheit und sozialer Sicherheit

Anknüpfung an vorausgegangene Beispiele, an denen sich aufzeigen läßt, daß die freie Entrichtung der Person nach Artikel 2 des Grundgesetzes ohne Hilfen durch den Sozialstaat gefährdet bzw. nicht verwirklicht werden kann: Die Freiheit der Berufswahl z.B. ist wenig wirksam, wenn kein Geld für die Ausbildung, kein Jugendarbeitsschutz, keine Alterssicherung... gewährleistet sind.

- 2. Kenntnis des Sozialstaatspostulats

Wie begründet sich der Rechtsanspruch auf soziale Sicherung?

- 2.1 Einsicht, daß das Sozialstaatsprinzip ein leitendes Verfassungsprinzip ist

Analyse eines Sozialgerichtsurteils

Artikel aus Fachlexika, z.B. Handlexikon zur Politikwissenschaft, S. 423 rf, Evangelisches Staatslexikon, S. 2091 rf oder Schmidt-Bleibtreu/Klein:Kommentar zum Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, S. 344 rf, Materialien zur Lage der Nation

- 2.2 Kenntnis der Begründung des durch Artikel 20 des Grundgesetzes gesicherten Rechtsanspruch des einzelnen auf soziale Leistungen

LERNZIELE

HINWEISE FÜR DEN UNTERRICHT

2.4 Einsicht, daß Rechts- und Sozialstaatsprinzip in einem Spannungsverhältnis stehen und daß ein umfassendes System sozialer Sicherung Selbstverwirklichung gefährden und individuelle Freiheit einschränken kann

Darf die Freiheit des Einzelnen eingeschränkt werden durch eine Ausdehnung der sozialen Leistungen?

Gruppenarbeit mit Themenstellungen, die Vorteile und Gefahren der Ausweitung sozialer Leistungen darstellen.

Mögliche Materialien: Zeitungsmeldungen, Grundsatzprogramme politischer Parteien

Mögliche Gliederung eines Tafelbildes:

Positive Auswirkungen	Soziale Leistungen	Negative Auswirkungen
-----------------------	--------------------	-----------------------

3. Wissen, daß die Ausgestaltung des Sozialstaates im wesentlichen Aufgabe des Gesetzgebers ist.

4. Wissen, daß das Sozialstaatsprinzip nur das Ziel, nämlich eine gerechte Sozialordnung bestimmt, die Wege zum Ziel aber offen läßt.

Zusammenfassung der gesamten Thematik unter folgender Fragestellung:

Was können in Berücksichtigung des Lernziels 3 freie Träger, was kann ganz besonders der einzelne für die weitere Ausgestaltung des Sozialstaates tun?

Möglicher Einstieg: Fehlverhalten einzelner oder Gruppen durch unrechtmäßige Aneignung sozialer Leistungen

5. Einsicht, daß auch im Sozialstaat die persönliche Leistung und das Engagement des Einzelnen der wichtigste Beitrag zur individuellen Lebensgestaltung darstellt.

2. POLITISCHE BETEILIGUNG IM REGIONALEN RAUM

Zeitrichtwerte

Die Beteiligung des Bürgers an der Kommunalpolitik erfährt gegenwärtig ein gesteigertes Interesse: Zum einen zeigt sich, daß Kommunalpolitik in enger Verflechtung mit der Gesamtpolitik steht, zum anderen zeigen sich - wie aktuelle Bürgerinitiativen verdeutlichen - gesellschaftliche Probleme oft zuerst in den Kommunen, die dadurch für das gesamte politische System eine wichtige Artikulations- und Initiativfunktion für neue gesellschaftspolitische Fragestellungen gewinnen. Es wäre unpolitisch, diese Sachverhalte zu übersehen.

Kommunalpolitik kann nicht als politisch neutrale Entscheidung von Sachfragen verstanden werden. Auch kommunalpolitische Maßnahmen hängen von politischen Grundentscheidungen ab, z.B. von dem Verständnis des Verhältnisses von Individuum und Gesellschaft.

Grundgesetz (Artikel 28) und Landesverfassung von Rheinland-Pfalz (Artikel 49) garantieren das Recht auf Selbstverwaltung der Gemeinden und setzen die Beteiligung der Bürger an der Regelung ihrer eigenen Angelegenheiten im kommunalpolitischen Bereich voraus.

Für den Unterricht in der Schule eignet sich das Thema vor allem deshalb, weil Kommunalpolitik oft als relativ überschaubarer und der unmittelbaren Erfahrung zugänglicher Bereich dargestellt werden kann, der dem Bürger eine Mitgestaltung seiner Lebensbedingungen ermöglicht. Die relative Transparenz kommunalpolitischen Geschehens bietet eine Fülle von Ansatzpunkten, den Schülern Politik durch unmittelbare Erfahrung zu vermitteln. Der Handlungsaspekt des Themas kann den Schülern die Einsicht vermitteln, daß Kommunalpolitik der aktiven Mitwirkung der Bürger bedarf und im Sinne der o.a. Artikel des Grundgesetzes und der Landesverfassung dazu Möglichkeiten bietet.

Schließlich eignet sich das Thema dazu, Möglichkeiten und Grenzen einer politischen Beteiligung im demokratischen Staat insgesamt aufzuzeigen. Es läßt sich nachweisen, daß auch im kommunalpolitischen Bereich auf die repräsentativen Organe und auf die Parteien als Vermittler zwischen Bürgern und repräsentativen Organen nicht verzichtet werden kann.

Der vorliegende Plan ist für alle 10. Schuljahre in Rheinland-Pfalz verbindlich.

Der Lehrer soll die Gegebenheiten am Schulstandort bzw. im Einzugsbereich der Klasse in den Unterricht einbeziehen, so daß die Forderung des Lehrplanentwurfs nach "Regionalisierung" erfüllt werden kann. Der Lehrplanentwurf ist so aufgebaut, daß er alle Möglichkeiten zur raumbezogenen Unterrichtsgestaltung bietet. Viele Lernziele und Aussagen sind daher als Aufträge zu verstehen, die im regionalen Raum umgesetzt werden müssen. Dies stellt an den Lehrer Anforderungen, die nicht ohne intensives Befassen mit den örtlichen politischen Gegebenheiten zu erfüllen sind. Denn hier wird viel von dem vorbereitet und entschieden, was gerade der Jugendliche und künftige Staatsbürger unmittelbar erfahren kann, was ihn direkt betrifft. Der Schüler kann erfahren, daß er nicht passiv alles als unabwendbare Entscheidungen über sich ergehen lassen muß.

Die Gesamtproblematik dieses Themas ist dem Schüler des 10. freiwilligen Schuljahres an der Hauptschule nicht neu. Er hat sich bereits mit dem Themenkreis 7.1 "Die Gemeinde als politisches Aktionsfeld" im Lehrplanentwurf Klassen 7-9/10 befaßt. Grundwissen kann er von dort übernehmen. Wegen der nunmehr möglichen erweiterten Einsichten muß jedoch vieles erneut erarbeitet, in Zusammenhänge gestellt und durchschaut werden.

Da in Realschule und Gymnasium das Thema "Politische Beteiligung im regionalen Raum" in Klasse 9 (Themenkreis 9.3) behandelt wird, gebieten es die Forderungen nach Durchlässigkeit

und nach Chancengerechtigkeit, daß in dem 10. freiwilligen Schuljahr an der Hauptschule das Thema aufgegriffen wird.

Unter Berücksichtigung der Lernziele im Lehrplanentwurf Klassen 7 - 9/10 wird das Thema folgendermaßen gegliedert:

- Kommunale Aufgabenfelder und kommunale Probleme
- Politische Meinungsbildung im kommunalen Raum
- Politische Beteiligung im kommunalen Raum

Zugang und Interesse gerade der Schüler des 10. freiwilligen Schuljahres an der Hauptschule erscheinen erleichtert durch ihre Fähigkeit und Bereitschaft, selbständig und handlungsorientiert zu arbeiten. Deshalb sollen

- Befragung
 - Diskussion
 - Materialbeschaffung und -systematisierung
- besonders geübt werden.

2. Überblick über Aufgabenfelder und aktuelle Probleme, die viele andere Gemeinden kennzeichnen
3. Kenntnis der wichtigsten Merkmale kommunaler Gebietskörper-schaften
 - Unterscheidung: Gemeinde, Verbandsgemeinde, Kreis
 - Selbstverwaltungs- und Substitutionsprinzip
 - Repräsentation der Bürger durch gewählte Gremien
 - Gesetzgebungskompetenz
 - Bürgermeisterverfassung als Gemeindeverfassung in Rheinland-Pfalz

TEILTHEMA 1

KOMMUNALE AUFGABENFELDER - KOMMUNALE PROBLEME

LERNZIELE

HINWEISE FÜR DEN UNTERRICHT

Fähigkeit zur Ermittlung und Kategorisierung kommunaler Aufgabenfelder und aktueller Probleme

1. Überblick über Aufgabenfelder und aktuelle Probleme der eigenen Gemeinde

- Aufgaben
- Haushaltsplan
- Finanzplan-Investitionsplan als Prioritätenkatalog
- Finanzkraft und Belastung
- Kommunale Behörden
- Selbständigkeit
- Mitbestimmungsmöglichkeiten

2. Überblick über Aufgabenfelder und aktuelle Probleme, die viele andere Gemeinden kennzeichnen

3. Kenntnis der wichtigsten Merkmale kommunaler Gebietskörperschaften

- Unterscheidung: Gemeinde, Verbandsgemeinde, Kreis
- Selbstverwaltungs- und Subsidiaritätsprinzip
- Repräsentation der Bürger durch gewählte Gremien
- Gesetzgebungskompetenz

Bürgermeisterverfassung als Gemeindeverfassung in Rheinland-Pfalz

Planungsstunde zur Erarbeitung von Problemfragen und zur Festlegung arbeitsteiliger Materialbeschaffung, z.B.

- Wird der Wille der Bürger bei Entscheidungen der Gemeinde genügend berücksichtigt?
- Kann die Gemeinde völlig frei entscheiden?
- Wofür gibt die Gemeinde Geld aus, wofür muß sie es ausgeben?
- Welche Projekte plant die Gemeinde für die nahe Zukunft?

Fragenkatalog z.B. an Bürgermeister, Ratsmitglieder

Auswertung der gesammelten Informationen und Materialien (eventuell in Gruppenarbeit), z.B. nach folgendem Schema:

	Finanzierung	Selbständigkeit	Partizipation
Aussagen-	-	-	-
Material-	-	-	-

Begriffe	Bedarfszuweisung	Zweckverbände	Überschaubarkeit
Fazit	Umlagen	Versorgungseinrichtungen	Verantwortung
	Pflichtaufgaben	freiwillige Aufgaben	Mindestgröße

Allgemeine kommunale Probleme

- Sammlung und Auswertung von Gesetzestexten wie etwa der Gemeindeordnung und Artikeln
- Erstellung eines Schaubildes: Gemeindeverfassung, z.B. in RPZ-Unterrichtsmodelle Sozialkunde 3/77 "Gemeinde", S. 90

POLITISCHE MEINUNGSBILDUNG IM KOMMUNALEN RAUM

LERNZIELE

HINWEISE FÜR DEN UNTERRICHT

1. Kenntnis von Möglichkeiten politischer Meinungsbildung im kommunalen Raum
- 2.1 Kenntnis und Anwendung von Möglichkeiten zu umfassender Information über kommunale Belange, z.B.
 - Lesen und Auswerten des Lokalteils einer Zeitung, des Mitteilungsblatts der Gemeinde
 - Besuch einer Ratssitzung Ausschußsitzung Bürgerversammlung
 - Lesen und Auswerten von Gesetzestexten
- 2.2 Kenntnis der Möglichkeiten eigener Meinungsbildung und Einsicht, daß der Meinungsbildung Information vorauszugehen hat
 - Meinungsbildung durch Abwägen kontroverser Standpunkte
 - Meinungsbildung durch Unterscheidung und Abwägen kurz- und langfristiger Auswirkungen möglicher Entscheidungen
- 2.3 Einsicht in die Grenzen eigener Meinungsbildung
 - Begrenztheit der Informationsmöglichkeiten
 - Zeitaufwand
 - Persönliche BelastbarkeitFähigkeit zur Entwicklung eines Prioritätenkataloges

Vorbereitung und Durchführung von Gesprächen, Interviews mit Bürgern

über e i n von der Klasse ausgewähltes aktuelles kommunalpolitisches Problem der Gemeinde

z.B. mit

- Ratsmitgliedern
- Bürgermeister
- Parteivertretern
- Initiativgruppen
- betroffenen Bürgern

Auswertung der gesammelten Ergebnisse

Durchführung einer Podiumsdiskussion als Rollenspiel

TEILTHEMA 3

TEILTHEMA 3

POLITISCHE BETEILIGUNG IM KOMMUNALEN RAUM

POLITISCHE BETEILIGUNG IM KOMMUNALEN RAUM

LERNZIELE

HINWEISE FÜR DEN UNTERRICHT

3. Kenntnis und ggf. Anwendung von Möglichkeiten politischer Beteiligung

Sammlung einzelner konkreter Möglichkeiten und Systematisierung - z.B. nach diesem Muster:

3.1 Überblick über Möglichkeiten politischer Beteiligung

Berücksichtigung des Grades an Verwirklichung beim größten Teil der jeweiligen Bevölkerungsgruppe

3.2 Fähigkeit zur Unterscheidung von Möglichkeiten politischer Beteiligung für Bürger und Einwohner

(Einwohner) Schüler Bürger

Möglichkeiten für den Schüler:

immer

- Vorschläge unterbreiten
- Beteiligung an Bürgerinitiativen
- Besuch politischer Veranstaltungen
- Besuch der Bürgerversammlung
- Übernahme von Ämtern (Verein, Betrieb...)
- Mitgliedschaft in Jugendorganisationen politischer Parteien
- Leserbriefe schreiben
- Gründung von Initiativgruppen

oft

selten

nie

Möglichkeiten der Beteiligung von Bürgern:

- Mitgliedschaft in politischen Parteien
- Wahrnehmung des aktiven und passiven Wahlrechts
- Beteiligung an Streiks
- Beteiligung am Wahlkampf
- Kandidatur für kommunales Parlament

3.3 Einsicht in die Notwendigkeit der Repräsentation

Allgemeine Grundsätze politischer Beteiligung und die sich daraus ergebenden Prinzipien von Integration und Partizipation an Texten erklären

3.4 Einsicht in die Notwendigkeit der Integration

Kenntnis der Bedeutung der politischen Parteien für die Integration von Interessen besonders für den überregionalen Raum

Eventuell als Planspiel: Kandidatenliste aufstellen, Ergebnisse: Sitzverteilung, Ausschußbesetzung

3.5 Kenntnis des Ablaufs einer Kommunalwahl

Grundaussagen des Wahlrechtes erarbeiten, z.B. aus dem Kommunalwahlgesetz

3. LITERATUR

POLITISCHE BETEILIGUNG IM REGIONALEN RAUM

- Arndt, R.: Die regierbare Stadt. Warum die Menschen die Stadt zurückgewinnen müssen. Stuttgart 1975
- Berkemeier, H.: Das kommunale "Scheinparlament". In: Die demokratische Gemeinde, 24, 10, 1972.
- Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Kommunale Politik - Rahmenbedingungen, Strukturen, Entscheidungsprozesse. Bd. 134. Bonn 1978.
- Buse, M.: Sozio-kulturelle Bedingungen und Formen der Beteiligung in der Gemeinde. In: Politische Bildung, H3:1974.
- Freiberg, W.: Grundfragen der Kommunalpolitik. Mainz 1970. Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz.
- Gramke, J.: Praktizierte Bürgernähe. In: aus politik und zeitgeschichte, B 15/1978.
- Grauhan, R.-R.: Die politische Willensbildung in der Gemeinde. In: Der Bürger im Staat, 21, 3, 1971.
- Grossmann, H. (Hrsg.): Bürgerinitiativen, Schritte zur Veränderung. Frankfurt 1972.
- Holler, W./Naßmacher K.H.: Rat und Verwaltung im Prozeß Kommunalpolitischer Willensbildung. In: aus politik und zeitgeschichte, B 4/1976.
- Innenminister NRW (Hrsg.): Städtebauliche Planung - Mitwirkung des Bürgers. Reihe: Zur Information, H 16.
- Klein, P.: Kommunalprogramme der Union und der FDP, in: Die demokratische Gemeinde, H. 2/1976.
- Kolz, K.: Öffentlichkeitsarbeit als kommunalpolitische Pflichtaufgabe. In: aus politik und zeitgeschichte B 15/1978.
- Kommunalebrevier Rheinland-Pfalz.
- Lehmbruck, G.: Der Januskopf der Ortsparteien. Kommunalpolitik und das lokale Parteiensystem, in: Der Bürger im Staat, 41/1975.
- Naßmacher, K.-H.: Funktion politischen Personals in lokalen Vertretungskörperschaften. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen H. 4/1973.
- Raske, W.: Die kommunalen Investitionen in der Bundesrepublik, Struktur, Entwicklung, Bedeutung. Stuttgart 1971.
- Rausch, H./Stammen, Th. (Hrsg.): Aspekte und Probleme der Kommunalpolitik. München 1973.

TEILTHEMA 3

Reuter, L.-R.: Kommunalpolitik im Parteienvergleich. In: aus politik und zeitgeschichte, B 34/1976.

POLITISCH

Richter, D.: Raumordnungsprobleme, Strukturprobleme und Planungsaufgabe (Reihe: Raum und Gesellschaft, H. 9) Braunschweig 1977.

LERNZIELE

Stocke, E.: Deutsche Kommunale Verfassungssysteme. Berlin 1975.

Schuck, P./Unglaub, M./Schruck, A.: Rheinland-pfälzisches Kommunalwahlrecht. Neustadt 6, 1973.

Ziebill, O.: Politische Parteien und kommunale Selbstverwaltung. Stuttgart 1972.

Zoll, R.: Kommunalpolitik und Machtstruktur. München 1974.

- Aufderheide, H.: Die Gemeinde als Aktionsfeld. Aus:
Aufderheide, H.: Stundenvorbereitung. Sozialkunde für
die Sekundarstufe 1. Frickhofen 1975.
- Bormann, M./Regenthal, G.: Kommunalpolitik - ein didakti-
sches Modell. In: Die Deutsche Schule 4, 1976,
S. 260-274.
- Gronemeyer, R./Herrmanns, H.: Probleme der Stadtentwicklung.
In: Wochenschau Sek. II 11/12.
- Huhn, R./Wehling, R.: Das Postulat nach der Gleichwertig-
keit der Lebensverhältnisse. Hinweise zu Stadt-Land-
Disparitäten im Unterricht. In: H.G. Wehling (Hrsg.)
Doripolitik. Opladen 1978.
- Jonas, F.: Probleme der Stadt und Aufgaben der Stadtpolitik,
Geographische Gesellschaft (Materialien für die Sek. II
Bereich Gesellschaftswissenschaft) (Berlin 1973).
- Konrad, K./Tschorn, W.: Bürgerbeteiligung an der Stadtplanung.
Ein sozialwissenschaftliches Unterrichtsprojekt. In:
Beiheft Geographische Rundschau 2/1978, S. 66-79.
- Klingbeil, D.: Stadtplanung und Bürgerbeteiligung. Die
Gemeinde als sozialwissenschaftliches Arbeitsfeld.
In: Politische Bildung 3/1974, S. 72-86.
- Regionales Pädagogisches Zentrum Bad Kreuznach (Hrsg.):
Gemeinde - Unterrichtsmodelle im Sozialkundeunterricht.
Bad Kreuznach 1977.
- Schneider, H.: Kommunalpolitik im Unterricht. In: Gegenwarts-
kunde 4/1970
- Siepmann, K./Lyczywek E.V./ George, S. (Hrsg.): Unterrichts-
modell in Projektform "Kommunale Aufgaben". Ratingen
1976.

LITERATUR FÜR DEN SCHÜLER

- Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.): Kommunalpolitische
Grundsatzprogramme der Parteien. Textsammlung und
Synopsis. Berlin 1976.
- Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Unsere Stadt -
Beiträge über den Wiederaufbau nach 1945, städtische
Finanzen, Demokratie in der Stadt u.a.m., Bonn.
- Fuhrmann, Th.v./Stein F.: Die Gemeinde. (Hirschgraben - Ar-
beitshefte für den politischen Unterricht, Reihe II: Ge-
meinde und Staat, H.2.).
- Holler, w.: Kommunale Selbstverwaltung als Politik. Ein
Curriculum für den Bereich der Erwachsenenbildung. In:
Materialien zur politischen Bildung, H. 4/1975.
- Jahnke, K.H.: Gemeinde und Kreis (Schöningh, Reihe: Zur
Politik, Ausg. B. Lehrerheft und Schülerheft) Pader-
born 1976.
- Kempf, U.: Bürgerinitiativen - neue Form politischer Betei-
ligung, (Reihe: Kontrovers der Bundeszentrale für

politische Bildung) Bonn 1974.

Schmidt, E.: Die Deutsche Gemeinde (Zahlenbild-Sonderheft),
Diagramme, Zahlen, Texte. Berlin (in Vorb.).

Filme/Dias

Ein Bürgermeister hat Kopfschmerzen, schwarz-weiß, 18. Min.
Dorf in Schleswig-Holstein. Bürgermeister und Gemeinderat bemühen sich erfolgreich um die Einrichtung einer Apotheke.

Dorf im Wandel, 38. Min., schwarz-weiß. Wirtschaftliche Strukturveränderungen.

Brauchen wir noch Dörfer? 47. Min. Struktureller Nachholbedarf im ländlichen Raum.

Manipulation - Ein Lehrstück zum Nachdenken, 57 Min. farbig,
Die Vorstandsmitglieder einer Partei in einer Kleinstadt lenken die Entwicklung.

Die Gemeinde, Tonbildreihe, 25. Min. 60 Dias, Institutionenkundliches über die Gemeinde Jünger-Verlag, Offenbach.

Raumordnung - Eine Aufgabe der Gesellschaft, 25 Min. farbig,
An Beispielen aus dem Großraum Hannover und des Landkreises Siegen erläutert der Film die Notwendigkeit und die realisierbaren Formen der Landesplanung und der kommunalen Neugliederung.

Abfall - Schattenseite des Überflusses, 18. Min. farbig,
Der Film führt in die Fragen der Müllbeseitigung ein.

LITERATUR

DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND ALS SOZIALSTAAT

- Arendt, W.: Übersicht über die soziale Sicherung. Bonn 9. 1975.
- Braun, H.: Soziale Sicherung. System und Funktion. Stuttgart ² 1973.
- Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.): Sozialpolitische Informationen - ein regelmäßiger Informationsdienst, Bonn.
- ders. Sozialbericht, jährlich.
- Festschrift für Prof. Schellenberg: Sozialpolitik nach 1945 - Geschichte und Analysen, Bonn.
- Geißler, H.: Die Rentenstruktur in der Bundesrepublik Deutschland, Arbeitsmaterialien. Bonn 1976.
- ders.: Kinderreichtum - Kennzeichen der Armut. Bonn 1976.
- Hummel-Liljegren, Hermann: Rechtsstaat, Sozialstaat, Sozialer Rechtsstaat, München 1976.
- Hartwich, Hans-Hermann: Sozialstaatspostulat und gesetzlicher status quo, Opladen 1977.
- Laturner, Sybille und Schön, Bernhard (Hrsg.): Jugendarbeitslosigkeit. Materialien und Analysen zu einem neuen Problem, Reinbeck ² 1976.
- Vobruba, G.: Staatseingriff und Ökonomiefunktion. Der Sozialstaat als Problem für sich selbst. In: Zeitschrift für Soziologie, ² 1978.
- Voigt, R.: Soziale Sicherung zwischen Anpassung und Strukturreform. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 9, 1975.
- Widmaier, H.P.: Sozialpolitik im Wohlfahrtsstaat. Reinbeck 1976.
- Zacher, H.F.: Der Sozialstaat als Prozeß. In: Stimmen der Zeit ⁴ 1976.

-
- Bundeszentrale für pol. Bildung (Hrsg.): Demokratie - Rechtsstaat - Sozialstaat, Reihe: Inf. zur pol. Bildung, H. 1965.
- Bundeszentrale für pol. Bildung (Hrsg.): Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland, H. 137/138.
- Gagel, W./Grosser, D. u.a. (Hrsg.): Politische Bildung. Beiträge zur wissenschaftlichen Grundlegung und zur Unterrichtspraxis. Themenheft: Probleme und Aufgaben der Sozialpolitik, ² 1976.
- Hummelmann, G./Breit, G.: Sozialpolitik angesichts der Wachstumskrise, Politische Bildung. Materialien für den Unterricht. Stuttgart 1978.

LITERATUR FÜR DEN SCHÜLER:

Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Bildung e.V. (Hrsg.): Über die Sozialpolitik - Ein Lese- und Arbeitsheft für das Schuljahr 1977/78. dazu: Lehrerbegleitheft.

Geißler, H.: Die neue soziale Frage. Freiburg i.Br. 1976.

Roth, J.: Armut in der Bundesrepublik. Über psychische und materielle Verelendung. Frankfurt 1974. (Fischer: Reihe: Info zur Zeit 1427).

Soziale Sicherheit. Reihe: Zur Politik - Schöninghs Unterrichtswerk zur politischen Bildung (in Vorbereitung).

Stoll, Kl.: Die Armen, eine Randgruppe unserer Gesellschaft. Diesterweg - Modelle für den politischen Unterricht. Schülerarbeitsheft und Lehrerheft.

Filme/Tonbildschau

"... arm würd' ich nicht sagen..." (Lichtton 25 Min., Verleih: FWU.

"Das System der sozialen Sicherung", Tonfilm 322785, 24 Min., 15 Dias Nr. 102412, Verleih: FWU. dazu: Schülerarbeitsheft Vertrieb Allgemeine Ortskrankenkasse.

Tonbildschau: Sicher ist sicher, die deutsche Sozialversicherung, Vertrieb: Barmer Ersatzkasse.

Helmlé, Eugen: Die Armen. In: Papa-Charly hat gesagt..., Reinbeck 1975.

III. ERDKUNDE

Das Fach Erdkunde vertritt in der Schule die Raumwissenschaften. Der Raum wird dabei immer im Bezug zum menschlichen Handeln betrachtet.

Dazu werden Raumbeispiele weltweit ausgewählt, wobei die Anforderungen mit zunehmender Klassenstufe steigen, indem der Mensch-Raum-Bezug komplexer gesehen wird. Dadurch erfolgt eine Abkehr von der länderkundlichen Stoffanordnung und eine Hinwendung zum Prinzip "Vom Einfacheren zum Komplexeren" (s. Lehrplan Klassen 5/6, S. 7 und Lehrplanentwurf 7-10, S. 5).

Der Lehrplanentwurf des 10. freiwilligen Schuljahres an der Hauptschule orientiert sich an der fachdidaktischen Gesamtkonzeption. Er führt innerhalb des Erdkundeunterrichts zu einem qualifizierten Abschluß der Sekundarstufe I und vermittelt die fachspezifischen Lernvoraussetzungen für die Sekundarstufe II.

Der Schüler soll befähigt werden, sich mit raumrelevanten politischen und wirtschaftlichen Fragestellungen auseinanderzusetzen. Voraussetzung dafür ist die Qualifikation, mit Hilfe geographischer Denk- und Arbeitsformen räumliche Strukturanalysen vornehmen zu können.

Zur Erreichung der angestrebten Qualifikationen ist zu beachten:

- Der Erdkundeunterricht dieser Klassenstufe versteht sich als angewandte, handlungsorientierte Geographie, d.h. als Geographie "vor Ort". Als Unterrichtsverfahren bieten sich dazu u.a. Erkundungen, Planspiele und Projektarbeit an.
- Eine besondere Bedeutung kommt im 10. freiwilligen Schuljahr an der Hauptschule dem Nahraum als einem persönlichen Erfahrungsfeld zu; seine Strukturmerkmale sollen erarbeitet, gewertet und auf ihre zukünftige Entwicklung hin überprüft werden.

- Ferner weist das fachdidaktische Gesamtkonzept dem 10. freiwilligen Schuljahr an der Hauptschule die Aufgabe der Betrachtung von Staatsräumen zu. Somit tritt der Staat neben Einzelbild und Region als vorherrschende Raumeinheit auf.
- Die fachspezifischen Unterrichtsergebnisse sollen nicht für sich isoliert stehen bleiben, sondern z.B. Pilotfunktionen für andere Fächer übernehmen (siehe S. 2 f.). Die Eigenständigkeit des Faches Erdkunde bleibt dabei gewahrt.

Im Mittelpunkt des Erdkundeunterrichts des 10. freiwilligen Schuljahres an der Hauptschule stehen gesellschaftlich-wirtschaftliche Gegenwartsfragen mit Raumrelevanz. Dabei geht es um Einsichten in regionale Entwicklungsprobleme unterschiedlicher Struktur und in die Raumwirksamkeit unterschiedlicher Wirtschaftsordnungen.

Weitere Schwerpunkte des 10. freiwilligen Schuljahres an der Hauptschule sind - wie in den vorangegangenen Schuljahren -

- die Beherrschung von Ordnungsrastern
- die Vertrautheit mit topographischen Elementen
- die Fertigkeit im Umgang mit geographischen Arbeitsmitteln und fachspezifischen Arbeitsformen.

Alle Lernziele sollen dazu beitragen, daß der Schüler die gesellschaftliche und wirtschaftliche Struktur der eigenen Region kennt und sie innerhalb anders strukturierter Räume einzuordnen weiß. Die erzielten Qualifikationen sollen zu einem besseren Verständnis der räumlichen Umwelt und zu einer aktiven und mündigen Beteiligung an Entwicklungsmaßnahmen der eigenen Region führen. Der Raum wird vorwiegend als Prozeßfeld sozialer und politischer Gruppen betrachtet. Damit wird das Raumverständnis der früheren Klassenstufen erweitert (s. Lehrplan Orientierungsstufe, S. 7).

Die bei den Lernzielen ausgewiesenen Grundbegriffe sind zum Teil in den Klassen 5/6 oder in den Klassen 7-9 eingeführt worden. Diese Grundbegriffe werden in der Klasse 10 in ihrem Lernziel entsprechend komplexer behandelt. In Klasse 10 verbindlich zu behandelnde Grundbegriffe sind durch Unterstreichung gekennzeichnet.

LEHRPLAN ÜBERSICHT

GESELLSCHAFTSSTRUKTUREN UND WIRTSCHAFTSPOTENTIALE

Schwerpunkt	Fachspezifisch allgemeine Lernziele	Fachspezifisch vorherrschende Betrachtungs- weisen	Raumver- ständnis	Vorherrschende Raumeinheiten	Regionale Zuordnung
Auseinander- setzung mit Gegenwarts- fragen	<p>Topographische Elemente</p> <p>Ordnungs- raster</p> <p>Geographische Arbeitsmittel</p> <p>Fachspezifische Arbeitsformen</p>	<p>Regionale und überregionale Betrachtungs- weise</p> <p>Zukunftsorien- tierte Betrach- tungsweise</p> <p>Problemorien- tierte Betrach- tungsweise</p> <p>Funktionale Betrachtungs- weise</p>	<p>Raum als Prozeßfeld sozialer und politischer Gruppen</p>	<p>Nahraum Staaten Großräume</p>	<p>Welt regionaler und überre- gionaler Vergleich</p>

TEILTHEMA 1

EINSICHT IN DIE INTERDEPENDENZ VON RÄUMEN UND
GESELLSCHAFTLICHEN STRUKTUREN

LERNZIELE	Grundbegriffe	HINWEISE FÜR DEN UNTERRICHT
1. <u>Einsicht in regionale Entwicklungsprobleme und deren Ursachen im Vergleich zu anders strukturierten Räumen</u>	<u>Infrastruktur</u> primäre, sekundäre, tertiäre <u>Versorgung</u>	Im Sinne einer stärkeren Handlungsorientierung und einer originalen Begegnung sollen die Raumbeispiele nach Möglichkeit aus dem Nahraum ausgewählt werden. Das Ziel 3 kann mit den Zielen 1 oder 2 gleichzeitig erreicht werden
1.1 Kenntnis von Strukturmerkmalen eines industrialisierten Raumes und ihrer Ursachen	Verdichtungsraum <u>Standortfaktor</u> <u>Verkehrsdichte</u> Einzugsbereich Wachstumsgebiet Verstädterung Pendler Umweltschutz	Mögliche Raumbeispiele: Nahraum/Ruhrgebiet/Japan o.a.
1.2 Kenntnis von Merkmalen eines strukturschwachen Raumes und ihrer Ursachen	Voll-, Zu-, Nebenerwerb, Betriebsgröße, Bevölkerungsentwicklung, Erwerbsstruktur, Landflucht, Verstädterung	Mögliche Raumbeispiele: Nahraum/Süd-Italien/ Äthiopien/Indien o.a.
1.3 Einsicht in räumliche Strukturmerkmale der eigenen Region	Naturräumliche Gliederung, funktionale Gliederung, Flächennutzung, Wirtschaftsstruktur, Bevölkerungsentwicklung	Raumbeispiel: Nahraum 1.3 kann integriert werden in 1.1 oder 1.2
1.4 Einsicht in die Notwendigkeit von Entwicklungsmaßnahmen, die sich an den räumlichen Gegebenheiten orientieren	<u>Strukturwandel</u> <u>Entwicklungshilfe</u> Flächennutzungsplan, Unter-, Mittel-, Oberzentrum, Raumordnung, Umweltschutz	Mögliche Raumbeispiele: Nahraum/Peru o.a.

TEILTHEMA 2

DIE RAUMWIRKSAMKEIT UNTERSCHIEDLICHER WIRTSCHAFTSORDNUNGEN

LERNZIELE	Grundbegriffe	HINWEISE FÜR DEN UNTERRICHT
2.1 Einsicht in räumliche Merkmale von Staaten mit Marktwirtschaft	Marktwirtschaft Arbeitsproduktivität, <u>Standortfaktoren</u> , Produktionsstandorte, Produktionskosten Rentabilität Wirtschaftswachstum Umweltbelastung	Am Beispiel eines Vergleichs der Bundesrepublik Deutschland mit der DDR oder der USA mit der UdSSR sind die raumprägenden Wirkungen der Gesellschaftsordnung zu erarbeiten (keine Länderkunde!). Hier besteht damit die Möglichkeit, einen Staat als abgeschlossenen Raum zu behandeln.
2.2 Einsicht in die räumlichen Merkmale von Staaten mit Zentralverwaltungswirtschaft	Zentralverwaltungswirtschaft, Kollektivierung, Enteignung, Staatsbetrieb, Produktionsstandort, autarke Wirtschaftsgroßräume, Plan-Wirtschaft	Raumbeispiel: DDR, evtl. zusätzlich UdSSR. Jeweils vergleichend mit der Bundesrepublik Deutschland bzw. USA. Auch ein Ausblick auf EG/RgW ist angebracht.
2.3 Einsicht in die räumlichen Merkmale eines Staates der sog. Dritten Welt	Agrarreform, Umverteilung, Großgrundbesitzer, Landarbeiter, Tagelöhner, Monokultur, Produktionssteigerung, Unabhängigkeit	Mögliche Raumbeispiele: Tansania/Brasilien/ o.a. Raumbeispiel: Bundesrepublik Deutschland evtl. zusätzlich USA. Jeweils vergleichend mit DDR bzw. UdSSR.

DIE RAUMWIRKSAMKEIT UNTERSCHIEDLICHER WERTSCHAFTEGORDNUNGEN UND IHR EINFLUSS AUF DIE STRUKTUREN DER WIRTSCHAFTS- UND SOZIALRÄUMLICHEN ORGANISATION

LEHRZIELE GRUNDBEGRIFFE HINWEISE FÜR DEN UNTERRICHT

LEHRZIELE	GRUNDBEGRIFFE	HINWEISE FÜR DEN UNTERRICHT
2.1 Einflüsse in räumliche Markt- und Standortwahl	Marktstruktur, Standortwahl, Wettbewerbsvorteile	Am Beispiel eines Vergleichs der Bundesrepublik Deutschland mit den USA...
2.2 Einflüsse in räumliche Markt- und Standortwahl	Marktstruktur, Standortwahl, Wettbewerbsvorteile	Am Beispiel eines Vergleichs der Bundesrepublik Deutschland mit den USA...
2.3 Einflüsse in räumliche Markt- und Standortwahl	Marktstruktur, Standortwahl, Wettbewerbsvorteile	Am Beispiel eines Vergleichs der Bundesrepublik Deutschland mit den USA...
3.1 Einflüsse in räumliche Markt- und Standortwahl	Marktstruktur, Standortwahl, Wettbewerbsvorteile	Am Beispiel eines Vergleichs der Bundesrepublik Deutschland mit den USA...
3.2 Einflüsse in räumliche Markt- und Standortwahl	Marktstruktur, Standortwahl, Wettbewerbsvorteile	Am Beispiel eines Vergleichs der Bundesrepublik Deutschland mit den USA...
3.3 Einflüsse in räumliche Markt- und Standortwahl	Marktstruktur, Standortwahl, Wettbewerbsvorteile	Am Beispiel eines Vergleichs der Bundesrepublik Deutschland mit den USA...
3.4 Einflüsse in räumliche Markt- und Standortwahl	Marktstruktur, Standortwahl, Wettbewerbsvorteile	Am Beispiel eines Vergleichs der Bundesrepublik Deutschland mit den USA...

FÄHIGKEIT IM UMGANG MIT GEOGRAPHISCHEN ARBEITS-
MITTELN UND FACHSPEZIFISCHEN ARBEITSFORMEN

LERNZIELE

Grundbegriffe

HINWEISE FÜR DEN UNTERRICHT

10.3 Umgang mit geo-
graphischen Arbeits-
mitteln und
fachspezifischen
Arbeitsformen

Diese Technik ist als durch-
gängiges Unterrichtsprinzip
zu verstehen. Die Ziele sind
in den Unterricht zu 10.1 und
10.2 zu integrieren.
Darüber hinaus sind eigene
vertiefende Einzelstunden
nötig.

10.3.1 Fertigkeit in der
Erstellung und Aus-
wertung karto-
graphischer Dar-
stellungen

Maßstab, Grund-
riß
Legende, Symbol,
physische-, the-
matische Karte,
Profil,
Relief

10.3.2 Fertigkeit in der
Beschaffung und
Auswertung bild-
hafter Arbeits-
quellen
(Darstellungen):
Luftfoto,
Satellitenfoto

Bilder geographischen Inhalts
wie Dias, Filme, Fotos, usw.

10.3.3 Fertigkeit in der
Beschaffung, Dar-
stellung und
Deutung von Zahlen-
material:
Tabelle, Diagramm,
Klimadiagramm,
Statistik, Zählung

Statistisches Jahrbuch für
Rheinland-Pfalz,
Fischer Almanach
Herms-Statistik (List-Verlag)
Statistik zum Diercke-Weltatlas

10.3.4 Fähigkeit, in der
Beschaffung und
Auswertung mündlicher
und schriftlicher
Informationen:
Interview, Erhebung,
Reisebericht,
Quellentext

3. LITERATUR

DIDAKTISCH-METHODISCHE LITERATUR

Allgemeines und Sammelwerke

Lehrplan 5/6, S. 22

Sperling, W.: Geographiedidaktische Quellenkunde. Duisburg 1978.

Beiträge zu Einzelfragen und Unterrichtsmodelle

Beihefte zur Geographischen Rundschau, Braunschweig (Westermann).
Geographie im Unterricht, Köln (Aulis).

Baier, K: Ausprägung der Agrarlandschaft durch das sozialistische Kollektivsystem: - Raumbeispiel: Im Schwarzerdegürtel der Sowjetunion. Entwurf zu einer zweistündigen Unterrichtseinheit in der 9. Jahrgangsstufe. In: GU 3/1976, S.74-82.

Engelhard, K. (Hrsg.): Entwicklungsländerprobleme im Geographieunterricht der SI und S II. in: BRG /1978.

Geibert, H./Koch, R.: Wörth - ein aufstrebender Industriort in der Südpfalz. In: BRG 6/1978.

Hüingsberg-Senz, U.: Die Struktur der Landwirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik. In: GU 10/1978, S. 325-331.

Koch, R./Schäfer, R.: Raumordnungs- und Umweltschutzprobleme im Erdkundeunterricht der Sekundarstufe I. In: GU 4/1978, S. 117-123.

Kramb, K.: Der Nord-Süd-Konflikt (Zur Behandlung der Dritten Welt in der Klassenstufe 9/10). In: GU 1/1978, S. 21-25.

Neukirch, D. (Hrsg.): Geographieunterricht als Feldarbeit. In: BGR 2/1977.

Das Planspiel im Geographieunterricht. In: BGR 2/1976

Niemz, G.: Geographieunterricht als Projektarbeit. In: BGR 4/78

Peltz, F.J./Wroz. W.: EG und RGW (Comecon) - zwei europäische Wirtschaftsblöcke. Eine Unterrichtseinheit für Abschlußklassen der Sekundarstufe I.

In: GU 7/1978 (Teil I), S. 237-244
G 8/1978 (Teil II), S. 247-260.

Pretz, G.: Die Probleme des Entwicklungslandes Kolumbien und einige Lösungsmöglichkeiten. Entwurf zu einer einstündigen Unterrichtseinheit in der 8. Jahrgangsstufe. In: GU 11/1978, S. 374-384.

Wirth, W.: Realschüler untersuchen die Altstadt von Hof. Objektbezogener Geographieunterricht in einer Monostrukturierten Industriestadt im Zonengebiet. In: GU 10/1977, S. 307-319.

LITERATUR ZUR VORBEREITUNG DES LEHRERS (AUSWAHL)

Fachwissenschaftliche Literatur

Lehrplan 5/6, S. 22.

Böttcher, G.: China als kommunistisches Entwicklungsland.
In: Fragenkreise. Paderborn 1971.

Eckart, K.: Zur Landwirtschaft in der DDR. In: Geographische
Rundschau 8: 1977. Braunschweig. S. 282-284.

Fischer, K.: Planungs- und Ordnungsaufgaben in der Region West-
pfalz. In: Geographische Rundschau 4/1972. Braunschweig.
S. 153-164.

Ganser, K.: Raumordnung aus der Sicht des Geographen. In: Geo-
graphische Rundschau 10/1976. Braunschweig. S. 397-405.

Henkel, G.: Der Strukturwandel ländlicher Siedlungen in der Bun-
desrepublik Deutschland. In: Fragenkreise, Paderborn 76.

Kitsche, A.: Marktwirtschaft und Zentralverwaltungswirtschaft
als konkurrierende Wirtschaftsordnungen. In: Fragenkreise.
Paderborn 1975.

Lanzl, A.: Raumgestaltung durch staatliche Planung in der Bun-
desrepublik Deutschland. In: Fragenkreise. Paderborn 1971.

Otremba, E.: Standortbedingungen und Verflechtungen der Industrie
in der Bundesrepublik Deutschland. In: Fragenkreise. Pader-
born 1973.

Raupach, H.: Die Sowjetunion als sozialistischer Wirtschaftsstaat.
In: Fragenkreise. Paderborn 1972.

Windhorst, H.W.: Spezialisierung und Strukturwandel der Land-
wirtschaft. In: Fragenkreise. Paderborn 1974.

Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7. Bonn.
Informationen zur Politischen Bildung

Heft 154/1973, Die Europäische Gemeinschaft 1, Probleme der
europäischen Integration.

155/1973, Die Europäische Gemeinschaft 2, Die Außenbezie-
hungen der EG.

156/1973, Die Vereinigten Staaten von Amerika.

158/1974, Die Landwirtschaft in der Industriegesellschaft.

170/1977, Comecon, Der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe.

173/1977, Wirtschaft 1, Verbraucher und Markt.

175/1978, Wirtschaft 2, Arbeitnehmer und Betrieb.

177/1978, Wirtschaft 3, Konjunktur - Wachstum - Struktur-
wandel

LITERATUR FÜR DEN SCHÜLER

Hartleb, P.: Atlasarbeit mit dem Westermann-Schulatlas, große Ausgabe. Westermann-Programm-Grundfertigkeiten Geographie. Braunschweig 1977.

Atlasarbeit mit dem Diercke Weltatlas (Neubearbeitung) Westermann-Programm Grundfertigkeiten Geographie. Braunschweig 1977.

Haubrich, H.: Westermann-Planspiel. Braunschweig 1975 ff.

Rushby, H.G. u.a.: Menschen in ihrer Umwelt. Studien zur Geographie (für 5.-10. Schuljahr). Stuttgart 1971 ff.

Literaturnachtrag

Sozialkunde

Oberreuther, H. u.a.: Politische Bildung - Grundlagen und Zielprojektionen für den Unterricht an Schulen. Stuttgart 1976.

Geschichte

Beilner, H.: Geschichte in der Sekundarstufe I. Donauwörth 1976.

Dietrich, G.: Unterrichtspsychologie der Sekundarstufe. Donauwörth 1972.

Herbst, K.: Didaktik des Geschichtsunterrichts zwischen Traditionalismus und Reformismus. Hannover 1977.

Paiffrath, F. H. u.a.: Geschichtsunterricht konkret. Modelle für die Sekundarstufe I. Bad Heilbrunn 1979.

